

Ökologische Plattform  
bei der Partei  
DIE LINKE

---

**Beiträge**

---

**zur**

---

**Umweltpolitik**

---

*Tagung 12.03.2011 Berlin*

**Nachhaltige Schrumpfung  
der Wirtschaft**

**bei einem sozial-ökologischen Umbau  
der Eigentumsverhältnisse  
und Produktivkräfte**

**1/2011**

**DIE LINKE.**



**Beiträge zur Umweltpolitik 1/2011**

**Nachhaltige Schrumpfung  
der Wirtschaft bei einem  
sozial-ökologischen Umbau  
der Eigentumsverhältnisse  
und Produktivkräfte**

**Tagung  
der Ökologischen Plattform  
bei der Partei DIE LINKE**

**12.03.2011**

**Berlin**

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE

1. Aufl. (1/2011, Mai 2011); Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; 2011.
- 2., geänderte Aufl. (Juni 2011); Hrsg.: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; 2011.

Redaktion und Gestaltung:  
Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE  
oekoplattform@die-linke.de  
www.oekologische-plattform.de  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin

Berlin, Juni 2011

## Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>5</b>
<b>1. Einladung</b> .....	<b>7</b>
<b>2. Presseinformation</b> .....	<b>8</b>
<i>Pressemeldung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE, 12. März 2011</i>	
<b>3. Begrüßung</b> .....	<b>10</b>
<i>Einführung von Manfred Wolf, Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE</i>	
<b>4. Kapitalismus führt zur Selbstzerstörung – ökologische Wende muss integraler Bestandteil linker Politik werden</b> .....	<b>13</b>
<i>Rede von Dr. Dagmar Enkelmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag</i>	
<b>5. Die Aufgaben der Ingenieure, Technologen und Forscher müssen neu gestellt werden</b> .....	<b>22</b>
<i>Überarbeiteter Text der Rede von Prof. Dr. Dr. Götz Brandt, Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE</i>	
5.1. Können wir mit den im Kapitalismus entwickelten Produktivkräften überleben? .....	22
5.2. Zukünftiger Rohstoffmangel bestimmt letzten Endes die Technikentwicklung.....	25
5.3. Was kann nun im Kapitalismus dennoch durch DIE LINKE in der Technikpolitik politisch auf den Weg gebracht werden?.....	27
5.4. Regulierende staatliche Technologiepolitik ist notwendig .....	28
5.5. Die Verantwortung der Wissenschaftler .....	29
5.6. Was müssen wir von den Forschern und Ingenieuren verlangen?.....	30
5.7. Technologiefolgenabschätzung .....	30
5.8. Stellung der LINKEN zur Technikentwicklung.....	31
<b>6. Der optimale Eigentumsmix und die Grenzen der Planwirtschaft in einer neuen Wirtschaftsordnung</b> .....	<b>33</b>
<i>Überarbeiteter Text der Rede von Prof. Dr. Klaus Steinitz, Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand DIE LINKE</i>	
6.1. Die Umweltkrise und wie wollen wir zukünftig leben und arbeiten .....	35
6.2. Konsequenzen und Herausforderungen, die sich für Innovationen, strukturelle Veränderungen und Wirtschaftswachstum ergeben. ....	37
6.3. Zusammenhänge zwischen Eigentumsverhältnissen und Nachhaltigkeit .....	41

6.4.	Rolle der Planung in einer auf soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und Nachhaltigkeit gerichteten, alternativen Wirtschaftsordnung.....	51
7.	<b>Konferenzauswertung</b> .....	<b>60</b>
	<i>Götz Brandt, Manfred Wolf</i>	
8.	<b>Anhang: Vorschläge hinsichtlich der ökologischen Aspekte im Programmentwurf der Partei DIE LINKE</b> .....	<b>61</b>
	<i>Ökologische Plattform der LINKEN, BAG Umwelt - Energie - Verkehr und Bundestagsfraktion</i>	
8.1.	Ökologie im Programmentwurf der Partei DIE LINKE – Vorschläge für Veränderungen.....	62
8.2.	Vorschlag für einen Ersatztext für das Kapitel IV.3. des Programmentwurfs.....	69

## Vorwort

Nach der im September 2011 durchgeführten Konferenz, die sich mit den ökologisch relevanten Teilen des Programmentwurfs der LINKEN von 2010 befasst hatte (Beiträge zur Umweltpolitik 2/2010), wurde im März 2011 eine zweite Konferenz im Zuge der Programmdebatte durch die Ökologische Plattform organisiert.

Hierbei ging es speziell um die Frage des Wachstums, wobei es, wie Manfred Wolf in der Begrüßungsrede ausführte, nicht darum ging, ein weiteres Mal zu erklären, dass es mit dem Wachstum nicht so weitergehen kann, sondern um die Wege, wie wir zu einem umweltverträglichen Maß in der Wirtschaft und Gesellschaft kommen können, welche Schritte DIE LINKE auf diesem Weg einleiten könnte und sollte. Diese Konferenz stellt damit im Prinzip auch einen Ergänzungsbeitrag der LINKEN zur bevorstehenden ATTAC-Konferenz dar, die vom 20. – 22. Mai 2011 in Berlin unter dem Titel „Jenseits des Wachstums“ stattfindet.

Die drei Redebeiträge der Konferenz sind in dieser Broschüre dokumentiert, zwei der Texte stellen dabei Überarbeitungen der gehaltenen Referate dar.

Die Reden können im Internet (Mai 2011) unter

[die-linke.de/partei/zusammenschlusse/oekologischeplattform/konferenzen/nachhaltigeschrumpfungderwirtschaftbeieinemsozialoekologischenumbaudereigentumsverhaeltnisseundproduktivkraefte/](http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/oekologischeplattform/konferenzen/nachhaltigeschrumpfungderwirtschaftbeieinemsozialoekologischenumbaudereigentumsverhaeltnisseundproduktivkraefte/)

heruntergeladen oder angehört werden.

Mit dieser zweiten Konferenz fand auch die Diskussion zum ersten Programmentwurf der LINKEN einen Abschluss. Ende März wurden die von einer gemeinsamen Programmgruppe der Arbeitsgruppe Umwelt der Bundestagsfraktion, der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt – Energie – Verkehr und der Bundesebene der Ökologischen Plattform zusammen mit anderen ökologisch Interessierten Parteimitgliedern der LINKEN erarbeiteten Vorschläge an die Programmredaktionskommission beim Parteivorstand weitergeleitet. Diese Dokumente sind in dem Heft als Anhang beigelegt.

Wir hoffen und wünschen uns, dass das im Herbst neu zu beschließende Parteiprogramm alle Änderungsvorschläge übernimmt und den Begriff des Wirtschaftswachstums, das mit steigendem Material- und Energieverbrauch dahergeht, nun endgültig aus dem Sprachwortschatz der LINKEN verschwindet, dass DIE LINKE damit in der Öffentlichkeit nicht nur als Partei der sozialen Gerechtigkeit, sondern zunehmend auch als Partei mit ökologischen

Kompetenzen erkannt wird, damit DIE LINKE zukünftig mit einer Politik, die für einen sozialen **und** ökologischen Wandel eintritt, assoziiert wird.

Mai 2011

Die Redaktion



## 1. Einladung

### Einladung zu einer Tagung mit dem Thema

**„Nachhaltige Schrumpfung der Wirtschaft bei einem sozial-  
ökologischen Umbau der Eigentumsverhältnisse und Produktivkräfte“**

am 12.03.2011 in Berlin  
im Karl-Liebknecht-Haus im Rosa-Luxemburg-Saal  
Beginn 10.30 Uhr - Ende 17 Uhr

#### **Referate mit 45 min Dauer und anschließender Diskussion**

Moderation: Manfred Wolf,  
Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der  
Partei DIE LINKE

#### **1. Kapitalismus führt zur Selbstzerstörung**

Referentin: Dr. Dagmar Enkelmann,  
Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE  
im Bundestag

#### **2. Die Aufgaben der Ingenieure und Forscher müssen neu gestellt werden**

Referent: Prof. Dr. Dr. Götz Brandt,  
Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der  
Partei DIE LINKE

#### **3. Der optimale Eigentumsmix und die Grenzen der Planwirtschaft in einer neuen Wirtschaftsordnung**

Referent: Prof. Dr. Klaus Steinitz,  
Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand  
DIE LINKE

Wir bitten um eine Tagungsgebühr von 5 €, um die Versorgung zu sichern.

Anmeldung per Mail: [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de)

## 2. Presseinformation

*Pressemeldung der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE,  
12. März 2011*

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin  
oekoplattform@die-linke.de

### Anders wirtschaften – aber wie?

*Ein Beitrag der Ökologischen Plattform zur aktuellen Programmdebatte*

Im Programmentwurf der Partei DIE LINKE steht, der Kapitalismus habe sozial, ökonomisch und ökologisch versagt und notwendig sei ein „anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“. Doch wie genau soll dieses Wirtschaftssystem aussehen?

Zentrale Aspekte einer anderen Wirtschaftsform müssen ein sparsamer Ressourcenverbrauch und eine Schrumpfung der Wirtschaft sein (bereits der Club of Rome forderte 1972 eine Reduktion des Materialeinsatzes um 80 %!), der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien – aber auch veränderte Eigentumsverhältnisse.

Am 12. März veranstaltet die Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE eine Konferenz zu dem Thema „Nachhaltige und sozial-ökologische Schrumpfung der Wirtschaft“, um diese Fragen zu präzisieren

Mit folgenden ReferentInnen werden diese Aspekte vertieft:

1. **Dr. Dagmar Enkelmann**, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, legt dar, dass die kapitalistische Produktionsweise nicht nachhaltig, Ressourcen schonend und sozial sein kann.
2. **Prof. Dr. Dr. Götz Brandt**, Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform, analysiert die Aufgaben der Ingenieure, Technologen und Forscher, die durch eine veränderte Wirtschaftsweise neu gestellt werden müssen.
3. **Prof. Dr. Klaus Steinitz**, Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand, stellt einen wünschenswerteren Eigentumsmix vor: eine Mischung von kleinen selbstbestimmten Unternehmen, vergesellschafteten Konzernen und kommunalen Unternehmen für Betriebe

be der Daseinsvorsorge (Energie, Verkehr, Wasser, Abwasser, Müll, Gesundheit usw.) und analysiert Chancen und Grenzen einer Planwirtschaft.

**Die Konferenz findet am 12. März von 10.30 - 17.00 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus (Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin) statt.**

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Wir freuen uns über Anmeldungen per E-Mail an [oekoplattform@die-linke.de](mailto:oekoplattform@die-linke.de)

Für Rückfragen: Prof. Götz Brandt

E-Mail: [prof.goetz.brandt@t-online.de](mailto:prof.goetz.brandt@t-online.de)

Festnetz: 03341 475387

Handy: 0171 4807242

### **3. Es geht um die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs**

*Einführung von Manfred Wolf, Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE*

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Tagung!

Mit dem wohl noch etwas ungewöhnlichen Thema unserer heutigen Beratung wagen wir sicher einen Blick voraus, sind aber dennoch der Meinung, dass sich eine Partei wie DIE LINKE programmatisch zu dieser Aufgabe verhalten und damit deutlich von den anderen auf Wachstum fixierten Parteien in Deutschland unterscheiden sollte.

Wir brauchen keine weitere Konferenz, auf der wir uns gegenseitig versichern, dass es mit dem Wachstum so nicht weiter gehen kann, sondern wir wollen uns Gedanken darüber machen, was statt dessen passieren müsste. Wir wollen beraten, wie wir zu einem umweltverträglichen Maß in der Wirtschaft und Gesellschaft kommen können und welchen Weg die LINKE dabei einschlagen sollte.

Dabei ist uns klar, und die Partei sollte es auch klar in ihrem Programm sagen, dass die Menschheit bei einem globalen Weiter-so existentiell bedroht ist. Denken wir nur an den Klimawandel, das absehbare Ende der Versorgung mit Brennstoffen und die allgemeine Überforderung aller Umweltmedien.

Die Gesellschaft als Ganzes agiert angesichts dieser Bedrohungslage leider nicht angemessen.

Für das Kapital und den Profit sind diese Dinge nur Störfaktoren, die so lange es geht, negiert bzw. heruntergespielt werden. Die Industrie will uns glauben machen, dass der technische Fortschritt alle Wachstums-, Versorgungs- und auch die Umweltprobleme lösen könne. Die Regierungsparteien unterstützen und fördern diese Sicht. Leider glauben auch manche LINKE daran. Aber bei aller Effizienzsteigerung, bei allen Neuentwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten haben wir keine Reduzierung des allgemeinen Material- und Energieverbrauchs erlebt, das Gegenteil ist eingetreten.

Der Bundestag hat mit Zustimmung aller Parteien eine Enquetekommission zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. Bereits in ihrer Aufgabenstellung werden Wachstum und Marktwirtschaft als Leitbilder künftiger Politik vorgegeben und gar nicht erst in Frage gestellt. Und damit korrespondierend wird der Begriff „nachhaltig“ auch im Sinne von „dauerhaft“ und nicht von „ökologisch“ gebraucht.

Bis 2013 hat die Kommission Zeit, einen neuen Indikator für das Wachstum zu finden, der nicht auf den Preisen der erzeugten Waren basiert (BIP), sondern das Glücksgefühl der Bevölkerung widerspiegelt. Das hört sich gut an, doch leider steht die Minderung von Ungleichheit und Umweltzerstörung explizit nicht mit auf dem Programm.

Damit steht zu befürchten, dass es auch mit dieser Kommission keinen Durchbruch zu der notwendigen Veränderung unserer Produktions- und Lebensweise geben wird.

Was hat zu dieser Frage die Partei DIE LINKE anzubieten?

Im Programmentwurf heißt es: „Eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderungen ist und bleibt die Eigentumsfrage.“ Und weiter: „... die ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen,“ muss „zurückgedrängt und überwunden“ werden. Das bedeutet, dass DIE LINKE Wege zu diesem Ziel zeigen muss. Sie sollte daher angesichts des Klimawandels und der Rohstoffverknappung, der strukturellen Abhängigkeit der kapitalistischen Wirtschaft vom Wachstum ein Programm der Wirtschaftsschrumpfung vorlegen. Davon ist im Programmentwurf noch nicht die Rede, wohl aber von qualitativem, selektivem Wachstum.

Damit befindet sich der Programmentwurf in prominenter Gesellschaft:

- In der jüngsten Studie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen „Auf dem Weg zu einer grünen Ökonomie“ wird erklärt, dass Wachstum, Umweltschutz und Armutsbekämpfung unter einen Hut gebracht werden können.
- Linke Ökonomen haben unlängst ein Alternativprogramm zur Überwindung der Eurokrise vorgestellt, in dem einer von sieben Punkten lautet: Qualitatives Wachstum statt Schrumpf- und Sparpolitik.
- In einem Thesenpapier des Deutschen Naturschutzrings zum Thema „Wirtschaftswachstum“, das in einer Woche auf der Mitgliederversammlung der Grünen Liga diskutiert werden soll, wird erklärt: „Unsere Zeit braucht ein gezieltes Wachsen und ein gezieltes Herunterfahren“.
- Auch auf der Sitzung des Parteivorstands der LINKEN am 21.2. war zum Thema „Sozialökologischer Umbau“ von Dierk Hirschel, Gastredner der Gewerkschaft, zu hören, ohne dass er allgemeinen Widerspruch erntete, dass sich Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung nicht per se ausschließen müssen.

Mir scheint daher, dass hier für uns zunächst mal die Notwendigkeit einer Begriffsbestimmung offenbar wird. Wir sollten uns als linke Ökologen auf die folgende Sicht auf den Begriff Wachstum verständigen: Nämlich als gesamt-

gesellschaftlicher Verbrauch von Ressourcen und Energie. Da erübrigt sich dann, so hoffe ich, der Einwand, dass ja dennoch einzelne Zweige im Zusammenhang mit neuer Schwerpunktsetzung für den ökologischen Umbau temporär wachsen könnten. Da müssen wir uns m. E. nicht mit Befürwortern des selektiven Wachstums anlegen. Man muss auch nicht ständig darüber debattieren, was denn alles zum Bruttoinlandsprodukt gerechnet wird. Sinken muss bei allem Umbau der Ressourcenverbrauch. So ist dann auch die Forderung nach Schrumpfung der Wirtschaft zu verstehen, ohne die die von Experten geforderte Einsparung von 80 % des jetzt verwendeten Materials nicht zu machen ist. Der Begriff „Wachstum“, auch wenn er mit dem Attribut qualitativ oder selektiv versehen ist, irritiert nur, ist eine Konzession an die kapitalistische Wirtschaftsweise und ihre Apologeten und erfordert unter Linken immer wieder Klärungen. Wir sollten also klar sagen, was wir wollen, und den Begriff in unseren Programmen möglichst nicht mehr verwenden, so wie wir das in den letzten Wahlprogrammen für das Europaparlament und den Bundestag getan haben. Wenn wir uns auf eine solche Sicht der Dinge verständigen könnten, wäre auch so manche andere Formulierung im Text des Programmentwurfs neu zu bedenken.

Ich bin sicher, dass wir dazu auf unserer heutigen Beratung eine Reihe guter Anregungen bekommen werden und möchte dazu unsere drei Referenten besonders herzlich begrüßen. Es sind dies

- Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag zum Thema „Kapitalismus führt zur Selbstzerstörung“;
- Prof. Götz Brandt, Mitglied des Sprecherrats der Ökologischen Plattform zum Thema „Aufgaben der Ingenieure, Technologen und Forscher müssen neu gestellt werden“ und
- Prof. Klaus Steinitz, Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand. Sein Thema lautet: „Der optimale Eigentumsmix und die Grenzen der Planwirtschaft in einer neuen Wirtschaftsordnung“.

#### **4. Kapitalismus führt zur Selbstzerstörung – ökologische Wende muss integraler Bestandteil linker Politik werden**

*Rede von Dr. Dagmar Enkelmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

den Titel meines Vortrags habe ich erweitert. Es muss Anspruch der LINKEN sein, nicht nur eine ökologische Bestandsaufnahme vorzunehmen, sondern auch über den Stellenwert des Themas bei der LINKEN selbst zu sprechen.

Vor allem kommt es auf Ideen, Vorschläge und Wege an, um gesellschaftliche Alternativen zu verwirklichen.

So zum Beispiel in der Verkehrs- und Klimapolitik. Dort erleben wir in diesen Tagen ein ökologisches Trauerspiel. Der sogenannte Biokraftstoff E 10 fällt weiter an den Tankstellen durch. Selbst ein eilig einberufener Benzin-Gipfel konnte das Produkt nicht retten. Die Regierung sieht die Ursachen in fehlendem Marketing, ungenügender Aufklärung und Werbung. Das ist höchstens die halbe Wahrheit. Die Bürgerinnen und Bürger sind nämlich recht gut informiert. Sie zweifeln, dass der Treibstoff wirklich Bio ist, wenn mit diesem im Motor faktisch Lebensmittel verbrannt werden.

Auch verkehrspolitisch hat sich nichts geändert. Es gilt freie Fahrt für immer größere Autos. 1973 benötigte die deutsche Autoflotte im Schnitt 60 PS, um Mobilität zu ermöglichen, heute sind es über 100 PS. Und im Auto sitzen im Durchschnitt 1,2 bis 1,5 Menschen. Private Autos stehen 23 von 24 Stunden am Tag ungenutzt herum. Die Mobilitätsbedingungen, unter denen Biotreibstoff eingesetzt wird, sind so wenig nachhaltig wie und je. Dieser autozentrierten Verkehrspolitik kann auch ein Biotreibstoff kein grünes Mäntelchen umhängen. Ein Tempolimit würde in Deutschland mehr CO<sub>2</sub> einsparen als der Biosprit – und das nahezu ohne jede Kosten. Die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs würde nicht nur Spritfresser verteuern. Auch würde die öffentliche Hand eine halbe Milliarde Euro sparen. Jetzt dürfen sich subventionierte Dienstwagen subventionierten Weizen durch den Auspuff jagen. Das war kein Benzin-, sondern der Gipfel der Widersinnigkeit. Bei E 10 wurden elementare Prinzipien der Nachhaltigkeit missachtet. Punktuelle Lösungen, die auch noch von Industrie-, Geschäfts- und vor allem Profitinteressen diktiert werden, bringen eben nichts. Im Gegenteil: Dem ökologischen Gedanken wird Schaden zugefügt. Die Menschen fragen sich zu recht: Werden sie nur hinters Licht geführt?

Man muss auch wissen, dass dieser Biotreibstoff-Boom sich bis vor unsere Haustür auswirkt. In Ostdeutschland steigen die Bodenpreise, weil Flächen

immer wertvoller werden - aber eben nicht zur Nahrungsmittel-, sondern zur Biomasse-Produktion. Das zieht Monokulturen nach sich, auf denen mehr Dünger eingesetzt wird. Das bedeutet abnehmende biologische Vielfalt, mehr Chemie auf den Äckern und auch steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen. Nachhaltigkeit heißt eben auch, eine Politikfolgenabschätzung vorzunehmen und zwar kurz-, mittel- und langfristig zu prüfen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der ökologische Zustand dieses Landes wie der ganzen Welt hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich verschlechtert. In den letzten 20 Jahren stieg - global gesehen - die Ressourcenproduktivität um 25 Prozent, also um ein Viertel. Die Wirtschaft aber wuchs um 82 Prozent. Das heißt: Die globale Wirtschaft wächst vor allem, weil sie immer mehr Ressourcen verschleudert. Würden alle Menschen so leben wie wir Deutschen, bräuchten wir 2,5 Planeten. Diese allgemeine Feststellung überdeckt allerdings die weiter wachsenden sozialen Widersprüche.

Zu den schlimmsten sozialen und ökologischen Problemen auf der Welt gehören Armut und Hunger. Knapp eine Milliarde Menschen auf der Welt ist chronisch unterernährt. Rund 70 Prozent der Unterernährten, meist verarmte Bauern oder Tagelöhner, leiden unter ungerechten Besitzverhältnissen und steigenden Kosten für Saatgut, Dünger und Pflanzenschutzmittel. Zugleich sinken die Preise für ihre Produkte. Außerdem werden in Deutschland jedes Jahr - vom Acker bis zum Teller - bis zu 20 Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet. Allein 500 000 Tonnen Brot, zehn Prozent der Gesamtproduktion, werden als Altbrot „entsorgt“. Mit Nahrungsmitteln wird an den Finanzmärkten spekuliert. Hedgefonds horten Weizen. Für sie ist es nur eine profitable Geldanlage. Ob Weizen im Brot oder im Tank endet, ist dann nur eine Frage des Preises und der Rendite. Umweltzerstörung auf finanzkapitalistische Art generiert in immer größerem Maße Armut auf der einen und Supergewinne auf der anderen Seite. Der Sinn menschlicher Arbeit wird pervertiert - diese dient nicht dem Wohle der Mehrheit, sondern dem Gewinnscheffeln auf Kosten der Umwelt. Der Kapitalismus zerstört, um mit Marx zu sprechen, die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums - die Arbeit und die Erde.

Zu den folgenschwersten Ursachen für Umweltzerstörung gehört Krieg. Bereits im Vietnamkrieg wurde gegen die Umwelt und damit gegen die Menschen Krieg geführt. Im Golfkrieg 1990/91 wurden u. a. gezielt Lagerstätten für Giftgas zerstört, um dieses freizusetzen. Auch Abwasserleitungen und Kläranlagen wurden vernichtet, in der Folge grassierten in der Zivilbevölkerung Cholera und Typhus. An die Bilder brennender Ölquellen wird sich noch jeder erinnern. In Jugoslawien wurden die chemische Industrieanlagen nahe der Donau zerstört. Die Donauregion wurde verseucht, Hunderttausende Menschen wurden vergiftet. Eine Folge des Afghanistan-Kriegs sind abge-



holzte Wälder mit der gravierenden Folge sinkender Grundwasserpegel und einer Versteppung.

Einer Gesellschaft, die sich derart verhält, kann man schwerlich eine „grüne Zukunft“ voraussagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, vor mehr als 20 Jahren, in der Wendezeit, kam ich als „Seiteneinsteigerin“ in die Politik. Bis dahin hatte ich mit Umweltschutz nicht allzu viel zu tun gehabt. Bald gehörten Energie, Verkehr und Ökologie zu meinen Arbeitsgebieten. Das brachte mir u. a. auch eine große Reise ein. Ich hatte das Glück, mit einer Delegation des Umweltausschusses des Bundestages am ersten Weltklimagipfel in Rio de Janeiro teilzunehmen. Erstmals fand dort und eben nicht nur unter Experten und Gelehrten eine Diskussion über Klima, Wälder und globale Gerechtigkeit statt. Wie auf keiner Konferenz zuvor war eine ganze Reihe von Nichtregierungsorganisationen vertreten, die ihre Alternativen vorstellten.

In der Agenda 21 verpflichteten sich die Staaten, eine nationale Politik der Nachhaltigkeit zu entwickeln. Die Formel dafür war „Global denken – lokal handeln!“ Diese machte sich dann auch die PDS zu eigen. Auch entstanden viele Lokale-Agenda-Initiativen. Vieles davon ist aber wieder eingeschlafen. Der Umgang damit stand kommunalpolitisch unter Finanzierungsvorbehalt. Die Chancen einer lokalen Agenda wurden oft nicht begriffen.

Seit sich die PDS auch ökologisch vom SED-Erbe löste, sind 20 Jahre vergangen. In der Zeit haben wir uns als LINKE Positionen erarbeitet, die wir früher selbst wohl nicht für möglich hielten. DIE LINKE ist für den sofortigen Atomausstieg. Sie ist Teil der Anti-AKW-Bewegung in Ost und West. DIE LINKE hat eine klare Position zu einer ökologischen Energiewende, zur Entmachtung der Stromkonzerne und Demokratisierung der Monopole, zur Rekommunalisierung und Dezentralisierung. DIE LINKE verfolgt eine ökologisch orientierte Verkehrspolitik, kämpft für das Recht auf Mobilität für jedermann. DIE LINKE war und ist am konsequentesten gegen die Privatisierung von Bahn und Schiene und der öffentlichen Daseinsvorsorge. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Naturschutzgebiete, dazu auch das „Tafelsilber“ der Einheit und damit die biologische Vielfalt, zu erhalten.

Für DIE LINKE ist seit langem klar: Ein demokratischer Sozialismus ohne Ökologie ist kein Sozialismus. Oder, um mit Wolfgang Methling zu sprechen: Man kann grün sein, ohne links zu sein, man kann aber nicht links sein, ohne grün zu sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, dennoch muss man klar und deutlich festhalten: DIE LINKE ist in der Öffentlichkeit gerade nicht für ihr ökologisches Profil bekannt. Ein Grund dafür ist: Ökologie ist seit Jahren das Hobby einiger weniger Mitglieder und Politiker der LINKEN. Dort, wo linke Ökologen

z. B. in Regierungsverantwortung wirken – W. Methling, Anita Tack oder Katrin Lompscher – werden sie eher allein gelassen und zu wenig für eine Profilbildung genutzt.

Wir leisten uns auch viel zu viele Inkonsequenzen. In Ostdeutschland setzen wir uns mehrheitlich für ein Auslaufen der Braunkohleförderung ein. Teile der LINKEN im Westen beharren auf einen Sockelbergbau bei der Steinkohle. Oder wenn es um Schwerpunkte kommunaler Investitionen geht, haben wir mit linken Befürwortern von Straßenbau zu kämpfen. Bei der Gentechnik haben wir Gegner und Befürworter in ein und derselben Partei. Es gibt Auseinandersetzungen bei der Frage Arbeitsplätze contra Umweltschutz, so bei der Kohle, dem Bauen auf der „Grünen Wiese“ oder in der Rüstungsindustrie. Gestritten wird auch um CCS.

Am letzten Wochenende beschloss der Brandenburger Landesparteitag einen Antrag, in dem u. a. gefordert wird: Wenn CCS vor Ort, bei den Bürgerinnen und Bürgern, keine Akzeptanz findet, wird die Technologie nicht umgesetzt. Ich halte das für inkonsequent: Würden wir z. B. einem Atomendlager in Greifswald zustimmen, auch wenn die Bürgerinnen und Bürger vor Ort das akzeptierten? CCS ist für mich keine Frage fehlender Akzeptanz. Diese Technik verkörpert einen energiepolitischen Irrweg. Allein, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus einem ostdeutschen Braunkohlekraftwerk wie Schwarze Pumpe zu speichern, wäre über vier Jahrzehnte eine Speicherfläche so groß wie Luxemburg oder das Saarland nötig. Wir müssen raus aus der klimaschädlichen Kohleverstromung und mit aller Kraft in Richtung erneuerbare Energien und einen nachhaltigen Energiemix. Forschungsgelder, die für CCS eingesetzt werden, fehlen bei der Förderung erneuerbarer Energien. Auch in Brandenburg sind wir bei der Energiewende längst weiter als das, was Regierungsmitglieder glauben machen. Ich erinnere nur an die Städte Prenzlau in der Uckermark und Seelow in Märkisch-Oderland.

Liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten Monaten gab es viel Hoffnung auf eine neue demokratisch-ökologische Bewegung. Diese verbindet sich mit dem Symbol Stuttgart 21 oder dem Wiedererstarken der Anti-Atom-Bewegung. Das sind Themen, mit denen sich auch DIE LINKE schon sehr lange auseinandersetzt – im Bundestag, in den Bundes- oder Landesarbeitsgemeinschaften, in der Ökologischen Plattform oder in den Basisorganisationen. Jetzt wurde und wird der Widerstand gegen Stuttgart 21 oder gegen die AKW aber vor allem mit den Grünen assoziiert. DIE LINKE hat viele richtige ökologische Positionen, aber kein klares und vor allem öffentlich bekanntes ökologisches Profil. Das macht es auch problematisch, Partner für eine ökologische Politik zu gewinnen.

Mit der Programmdiskussion gilt es, Pflöcke einzuschlagen und der LINKEN mehr als bisher ein deutliches ökologisches Profil zu geben. Es muss stärker

ein Thema der Spitze der Partei sein, schon allein deshalb, weil z. B. wenn Gregor Gysi sich zum Thema Atom äußert, dies viel eher von den Medien widergespiegelt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, trotz der ernüchternden Bestandsaufnahme gilt nach wie vor: Eine andere Welt ist möglich. Es gibt hier und heute gesellschaftliche Alternativen, um die es zu kämpfen lohnt. Das sagen nicht nur Linke oder notorische Weltverbesserer.

Anfang dieses Jahres veröffentlichte die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler unter dem Titel „Energiepolitik am Scheideweg“ eine wegweisende Studie. An der hat eine Vielzahl renommierter Experten mitgearbeitet wie Peter Henricke und Felix Christian Matthes. Die Studie untersucht kritisch das 2010 vorgelegte Energiekonzept der Bundesregierung. Ein Fazit lautet: Die geplanten Laufzeitverlängerungen der AKW werden – ich zitiere – „dazu führen, dass die vier großen Stromkonzerne ihre marktbeherrschende Stellung zum Schaden von Newcomern weiter ausbauen können sowie die ökologische Modernisierung des Kraftwerksparks und der Strukturwandel zu mehr Dezentralität und mehr Energieeffizienz verzögert werden.“ Es geht nicht nur um die Frage der Endlagerung, sondern um eine nachhaltige, zukunftsfähige Energiepolitik. Die heutige Politik ist nicht alternativlos, betonen die Autoren einhellig. Eine rechtzeitige Energiewende ist immer noch möglich, aber sie wird nicht einfacher. Ich zitiere erneut: „Der wissenschaftliche Konsens der Energieexperten in Deutschland über die langfristige Energiepolitik ist neu und erstaunlich; er lautet kurz zusammengefasst: Eine Reduktion von CO<sub>2</sub> bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent ist in Deutschland - unterstützt durch demografische Faktoren (sinkende Bevölkerung) - technisch und wirtschaftlich mit unterschiedlichen Technologien (auch ohne CCS) möglich.“ Es geht um einen Weg zu erneuerbaren Energien, zu Energieeffizienz und -einsparung.

Eine Energiewende gehört eingebettet in ökonomische, ökologische, soziale, kulturelle Nachhaltigkeit. In der Studie heißt es dazu: Suffizienz, also Genügsamkeit, dürfe nicht nur ein ethisches Anhängsel einer ansonsten auf Technik orientierten Energiepolitik sein. Das soll heißen: Anders leben muss ein integraler Bestandteil einer Energiewende sein.

Ich finde: Wir haben die Tragweite dieses Zusammenhangs bisher nicht erfasst, vor allem nicht als Partei und in unserer programmatischen Debatte. Dass Ökologie integraler Teil linker Politik sein muss, bedeutet doch auch: Wir müssen die Ökologie mit Maßnahmen auf vielen anderen Gebieten, also in der Sozial-, Wirtschafts-, Kommunal-, Bildungs-, Forschungs-, Kultur- und Entwicklungspolitik voranbringen. Ökologie erfordert Konsequenzen auf allen Ebenen, auf der Bundes-, Landes- wie auf der kommunalen und persönlichen. Wir müssen hier endlich den programmatisch engen Blick verlieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, jüngst auf dem 1. Parlamentariertag der LINKEN wurde u. a. die Frage diskutiert: Was produzieren wir und wie produzieren wir? Die Frage ist völlig richtig gestellt. Grundidee des Sozialismus ist doch die Produktion von Gebrauchswerten, also der zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erforderlichen Güter. Und zwar ohne dass sie den Umweg über die Verwertung als Kapital nehmen müssen. Ökologisch ist zu fragen: Welche Gebrauchswerte müssen wir möglichst effizient und umweltschonend herstellen? Zu fragen ist aber auch: Welche Bedürfnisse haben die Menschen? Vereinfacht gesagt: Die Abschaffung des Autos wird das Bedürfnis nach individueller Mobilität nicht beseitigen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es geht nicht darum, das Auto abzuschaffen und das Bedürfnis nach Mobilität. Das Problem liegt in einer erzwungenen Mobilität, wenn Wohnung und Arbeitsplatz, Dienstleistungen, einschließlich Handel, wenn Bildungseinrichtungen, z. B. auf dem Lande, weit entfernt liegen und auch die kommunale Bauplanung darauf keine Rücksicht nimmt. Es geht auch um den gesellschaftlichen Wert von Mobilität, ob z. B. die Urlaubsreise unbedingt ins Ausland gehen muss oder ob das Auto auch ein Statussymbol sein muss.

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Zusammenhang möchte ich eine weitere Frage aufwerfen. DIE LINKE streitet über ihr Verhältnis zum Wachstum seit langem. Im aktuellen Programmentwurf heißt es dazu: „Wir brauchen reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Energien.“ Das wird meiner Ansicht nach den Ansprüchen linksökologischer Politik nicht gerecht. Weder wird gesagt, was mit „selektiv“ gemeint ist, noch reicht der Verweis auf die „erneuerbaren Energien“. Zunächst müssen wir klar sehen: Diese Gesellschaft stagniert oder schrumpft bereits in vielen ökonomischen Bereichen. Die Realeinkommen aus abhängiger Beschäftigung stagnierten in den letzten zehn Jahren oder gehen zurück. Die Kaufkraft der Alterseinkommen sinkt, Altersarmut ist programmiert. Hartz IV ist bekanntlich Armut, also schrumpfendes Einkommen und Vermögen, per Gesetz. Nullwachstum ist für Millionen Menschen in diesem Lande Realität. Ihr werdet sagen: Mit Wachstumsverzicht meinen Ökologen nicht Armut. Das ist richtig, aber die Menschen assoziieren nicht zu Unrecht fehlendes Wachstum mit Armut, Verelendung. Sie vermuten, dass auch möglicherweise ökologisch erforderliche Schrumpfungen auf ihre Kosten gehen. Elmar Altvater zeigt das ganze Dilemma auf – ich zitiere: DIE LINKE kann nicht einfach „Wachstum wollen“ - sie kann aber auch nicht ratlos an den Grenzen des Wachstums verharren.

Ich meine: DIE LINKE muss vom allgemeinen Räsonieren über Wachstum wegkommen und sich konkret fragen, wo und welches Wachstum sie will oder nicht will. Dazu müssen wir den Begriff Wachstum hinterfragen. Es kann nicht auf ein bisschen weniger oder per se qualitatives Wachstum hinauslau-

fen. Gestattet sei auch die Frage: Wo braucht, wo will DIE LINKE Wachstum? Wachstum brauchen wir bei den Löhnen für Geringverdiener. Wir brauchen Wachstum beim öffentlichen Nahverkehr, beim Rad- und Fußverkehr. Wir brauchen Wachstum bei Einnahmen der öffentlichen Hand, bei nachhaltig orientierten öffentlichen Investitionen, Wachstum bei Bildungs- und Kultur Ausgaben. Wir brauchen Wachstum bei sozialen Diensten, bei Bildung, Gesundheit, in der Nachbarschaftshilfe. DIE LINKE will den Menschen mehr Zeit für Familie, Kultur und auch mehr wirkliche Freizeit geben. Auch das ist ein Art Wachstum. DIE LINKE will eine wachsende materielle Solidarität mit den Entwicklungsländern.

Welches Wachstum brauchen wir nicht und können wir nicht akzeptieren? dazu gehören das Wachstum in der Kriegs-, Rüstungs- und Militärmaschine; das Wachstum beim fossilen Ressourcenverbrauch, beim Flug- und Schiffsverkehr. Wir brauchen kein Wachstum an den Finanzmärkten, bei spekulativen Produkten und Derivaten. Selbstverständlich brauchen wir in diesem Land kein weiteres Wachstum beim Flächenverbrauch, bei der Nutzung fossiler Energien und beim Import von Rohstoffen.

Der Begriff Wachstum ist gesetzt und besetzt. Vielleicht ist es besser zu sagen: Ziel ist eine nachhaltige, zukunftsfähige, auf Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen orientierte gesellschaftliche Entwicklungsstrategie.

Wir brauchen als LINKE einen breiten Ansatz. Wir müssen die Wechselwirkungen zwischen sozialen, ökologischen und ökonomischen, demokratischen Maßnahmen im Auge haben. Schnelle Patentlösungen gibt es nicht. Ökologische Veränderungen erfordern immer andere Einstellungen und Verhaltensweisen von Millionen von Menschen. Dies kann, wie viele Beispiele der Geschichte zeigen, nicht von oben durch Zwang verordnet werden, sondern es erfordert bewusstes Verhalten. Ökologisches Umsteuern erfordert nicht nur richtige Rahmenbedingungen, sondern Geduld, Überzeugung und langen Atem.

Liebe Genossinnen und Genossen, soll Ökologie integraler Teil linker Politik werden, müssen wir uns auch fragen: Wie verhält sich der „Markenkern“ der LINKEN, die soziale Gerechtigkeit, zur ökologischen Frage? Zunächst scheinen alle Erfahrungen zu zeigen: Armut und Umweltschutz widersprechen sich. Menschen, die um ihr täglich Leben kämpfen müssen, haben keine Zeit und keine Mittel, sich um die ökologischen Folgen ihres Tuns Gedanken zu machen. Gerade bei diesen Menschen könnte Ökologie mehr Zustimmung und Akzeptanz finden, wenn Umweltpolitik dazu beiträgt, diese Welt sozial gerechter zu gestalten.

Auf manchen Gebieten ist der Gedanke so falsch nicht: So sind an Hauptverkehrsstraßen wegen der Lärm- und Staubbelästigung die Mieten niedriger.

Dort wohnen Menschen, die wegen ihres Einkommens auf diese Mieten angewiesen sind. Wenn jetzt in den Städten Umweltzonen eingerichtet werden, verbessert sich auch die gesundheitliche Lage dieser Menschen. Deswegen bin ich z. B. sehr dafür, dass der Berliner Senat diese Umweltzonen ausweiten will. Auch dass in Berlin Mieter nicht durch energetische Sanierung vertrieben werden sollen, ist ein begrüßenswertes Vorhaben des Senats.

Generell gilt: Eine Stärkung kommunaler Unternehmen ermöglicht soziale Standards und soziale Preise. Deshalb geht es darum, Privatisierungen zu verhindern, die Rekommunalisierung und Dezentralisierung voranzutreiben, ein Mehr an Demokratie und Bürgerbeteiligung zu erreichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei Umweltsteuern sollten wir den Schwerpunkt darauf legen, umweltschädliche Subventionen zu beseitigen. Denn dass Umweltzerstörung noch belohnt wird, ist nicht einzusehen. Umweltschädliche Subventionen kosten, so Angaben des Umweltbundesamtes für 2008, den Fiskus gut 48 Milliarden Euro pro Jahr. Die Hälfte davon, gut 24 Milliarden Euro, begünstigt direkt fossile Energieträger. Der klimabelastende Flugverkehr profitiert seit langem von der Energiesteuerbefreiung für Kerosin. Auf internationalen Flügen fällt keine Mehrwertsteuer an. Insgesamt entgingen dem Staat dadurch im Jahr 2008 Einnahmen von 11,5 Milliarden Euro.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein Punkt in der Programmdebatte kommt mir hier auch aus ökologischer Sicht viel zu kurz. Unverzichtbarer Teil einer ökologischen Wende muss eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit sein. Das dient nicht nur der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das hat auch ganz handfeste emanzipatorische Gründe. Ich möchte hier Elmar Altvater zitieren: „Die Arbeitszeitverkürzung in der Arbeitsgesellschaft verlangt eine kleine Kulturrevolution: statt Wachstum die Reduktion der Arbeitszeit, also die Transformation von fremdbestimmten Zeiten in Eigenzeit, eine Reorganisation von Arbeit, die Ausdehnung von Freizeit und Gemeinwesenarbeit, eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses zur äußeren und inneren Natur. Ich denke, darum geht es. Mehr „Eigenzeit“ bedeutet auch: Die Menschen haben auch mehr Zeit, sich ökologisch einzubringen, sich ökologisch zu verhalten. Als LINKE argumentieren wir: Um sich an der Demokratie zu beteiligen, müssen die Menschen auch die Mittel dazu haben. Sie müssen es sich zeitlich leisten können, zu Demonstrationen, Versammlungen zu gehen oder sich sachkundig zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in der Präambel des aktuellen Programmtextes heißt es: „Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden.“ Und weiter unten: Als zweite Leitidee betrachtet Die LINKE die

„Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur“. Das erfordere einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstelle profitorientierten Wachstums.

Ich denke, mit diesen Formulierungen ist der Stellenwert der Ökologie in der linken Programmatik nicht ausreichend beschrieben. Ökologie darf kein Rahmen oder nur eine Begleitbedingung linker Politik sein, in die sich die anderen Forderungen dann gewissermaßen einzupassen oder unterzuordnen haben. Die ökologische Frage betrifft alle Politikbereiche der LINKEN, diese müssen gewissermaßen von innen ökologisiert werden. Nur darin kann ein wirklich umfassender, integraler Ansatz bestehen. Ökologie muss eine Grundhaltung werden, ein „grüner“ Faden, der sich durch alle Themengebiete zieht. In diesem Sinne sollten wir am Programm weiterarbeiten.

Nach meinem Eindruck sollten wir uns dabei in der Debatte auf vier Punkte konzentrieren. Es geht um das Verhältnis der Ökologie

1. zur sozialen Gerechtigkeit,
2. zu wirtschaftlicher Nachhaltigkeit,
3. zu Formen demokratischer Beteiligung und Mitwirkung sowie
4. zur globalen Solidarität.

Ich habe versucht, dazu einige Gedanken zu skizzieren und würde mich freuen, wenn wir dies jetzt weiter debattierten.

Dafür wünsche ich uns viel Erfolg.

## 5. Die Aufgaben der Ingenieure, Technologen und Forscher müssen neu gestellt werden

*Überarbeiteter Text der Rede von Prof. Dr. Dr. Götz Brandt, Mitglied im Sprecherrat der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE*

Bekanntlich wird die kapitalistische Produktionsweise sowohl durch die Produktivkräfte als auch die Produktionsverhältnisse geprägt. Bei den Produktionsverhältnissen sind die Eigentumsverhältnisse wesentlich, was leicht zu begreifen ist.

Was sind aber Produktivkräfte? Nach Marx sind das: die Entwicklungsstufe der Wissenschaft, die entwickelte Herstellungstechnik und Technologie, das Geschick der Arbeiter, der Umfang und die Kombination der Produktionsmittel sowie die Naturverhältnisse, die die Produktivkraft der Arbeit auch mitbestimmen.

Marx war der Meinung, dass die Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Entwicklung das revolutionäre Element seien und die Produktionsverhältnisse beeinflussen. Er war weiterhin der Ansicht, dass die vom Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte den Boden für die zukünftige kommunistische Gesellschaft bereiten, wo dann alles im Überfluss vorhanden ist.

Ob Produktivkräfte heute noch in allen Fällen ein revolutionäres Element sind oder bereits mehr ein Natur- und menschenfeindliches Element der gesellschaftlichen Entwicklung geworden sind, darüber wird heute kaum gestritten, was aber überfällig ist. Zumindest die Erfindung der Kernspaltung kann aus heutiger Sicht nicht als positive Produktivkraft eingeschätzt werden. Auch die entwickelte Technik zur Nutzung fossiler Energieträger, die vor 150 Jahren eine Produktivkraftrevolution auslösten, ist aus heutiger Sicht negativ zu beurteilen, weil sie den Klimawandel herbeiführen. Dagegen sind z. B. Entwicklungen der Mikroelektronik oder Bionik auch heute revolutionäre Produktivkräfte.

Es ergibt sich die Frage:

### 5.1. Können wir mit den im Kapitalismus entwickelten Produktivkräften überleben?

Solange es noch Rohstoffe gibt, wird die Produktivkraftentwicklung durch das Kapital immer aufs Neue gereizt, mit neuen kurzlebigen Produkten neue Gewinne zu machen. Das ganze kapitalistische Produktionssystem wird erst dann nicht mehr funktionieren, wenn der Rohstofffluss ins Stocken kommt und für die Massenproduktion von Produkten jeder Art die Rohstoffbasis fehlt.



Das gilt auch für das Transportsystem. Ohne Dieselkraftstoff bricht es zusammen.

Im kapitalistischen System wird es jedenfalls keine Selbstbegrenzung im Verbrauch von Rohstoffen und Energie geben, und die Natur und die Ressourcen werden weiterhin ungebremst ausgebeutet, bis keine billigen förderfähigen Rohstoffe mehr da sind. Das ist ein von den Unternehmern nicht beeinflussbares ökonomisches Gesetz. Nach uns die Sintflut, Hauptsache wir machen jetzt Profite.

Heute sind sich fast alle Wissenschaftler und einschlägigen Forschungsinstitute einig, dass der Energie- und Materialverbrauch drastisch schrumpfen muss, damit die Menschheit eine Überlebenschance hat und auch für nachfolgende Generationen noch was übrigbleibt. „Drastisch senken“ steht auch im Entwurf unseres Parteiprogramms. Wissenschaftler verstehen darunter eine absolute Senkung um 80 bis 90 %. Das ist nicht erst morgen, sondern heute die Aufgabenstellung für die Gesellschaft und die Industrie.

Die Unternehmer und die Regierungen fast aller Länder haben diese Zielstellung seit 40 Jahren verdrängt und nicht als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt. Es ist ein Ziel, mit dem man die Massen nicht begeistern kann. Aber im persönlichen Interesse der Bürger sind ohne Zweifel eine Verlängerung der Haltbarkeit der Produkte und die Möglichkeit ihrer Reparatur. Mit diesen Maßnahmen kann man bereits mindestens 30 % des Materials einsparen. Auch die Einstellung der Rüstungsproduktion, mit der man mindestens 10 % des verbrauchten Materials einsparen kann, würde die Mehrheit der Bevölkerung unterstützen. Auch der sparsame Verbrauch von Energie wird als Ziel positiv aufgenommen. Und so gibt es viele Ansatzpunkte, wie man die Mehrzahl der Bürger für diese Zielstellung gewinnen kann.

Allerdings helfen systemkonforme Vorschläge nicht, um eine drastische Senkung zu erreichen. SPD und GRÜNE haben zwar die Zielstellung, rohstoffeffizienter zu produzieren und verbrauchsärmer zu leben, aber man kann und will die Unternehmer und die Konsumenten zu nichts zwingen. Damit stehen diese Forderungen nur auf dem Papier.

Eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum, wie es auch die CDU vorschlägt, ist in den letzten Jahrzehnten nicht gelungen. Auch Vorschläge von LINKEN, diesen Forderungen eine soziale und gerechte Note zu verpassen, löst die Probleme bei der Schaffung einer notwendigen klima- und naturverträglichen Produktionsweise nicht und verfehlt die historische Aufgabe der LINKEN, die in der Überwindung des Kapitalismus zu suchen ist.

Der Menschheit ist nunmehr auf absehbare globale Naturschranken gestoßen. Grundlage jeder Produktion ist Material und Energie. Wenn diese nicht

mehr ausreichend zur Verfügung stehen, dann müssen die Produkte zuerst einmal materialmäßig abgespeckt werden, um den Wohlstand zu halten. Das ist aber mit kapitalistischen Konzernen nicht zu machen. Das würde die Profite erheblich schmälern. Kleinunternehmer stehen solchen Fragen wesentlich offener gegenüber. Notwendig ist also ein Systemwandel, der die Konzerne entmachtet. Das wird im linken Parteiprogramm gefordert, denn mit marktwirtschaftlichen Mitteln ist diesem Problem nicht beizukommen.

Eine historische Leistung bei der erheblichen Entwicklung der Produktivkräfte hat das Kapital vor allem in den letzten 50 Jahren jedenfalls vollbracht und soll auch nicht in Abrede gestellt werden. Nun sind viele Sozialisten der Meinung, dass damit die materielle Basis für den Übergang zum Sozialismus geschaffen sei, und man müsse nur die überflüssige Ausbeuterklasse entmachen, und die Demokraten könnten den Umbau der Gesellschaft vollziehen. Aber eine sozialistische Wirtschaft, zentral gesteuert und geplant, die nach wie vor die Ressourcen verschlingt, ist für eine sozialistische Gesellschaft ebenso selbstmörderisch wie für eine kapitalistische oder andere Wirtschaftsform. Schon Gandhi erkannte: „Meine Ansicht ist, dass die Übel dem Industrialismus inhärent sind. Man kann ihn vergesellschaften, soviel man will, die Übel kann man nicht ausrotten.“

Es ist ein Irrtum, zu glauben, der Kapitalismus hätte die Produktivkräfte für den Sozialismus erzeugt, und wir könnten darauf aufbauen. Es gibt nicht die Produktivkräfte, sondern nur spezifisch nach Herrschaftsgesichtspunkten geformte und ausgewählte Produktivkräfte. Technologische Innovationen werden durch die Produktionsverhältnisse bestimmt, das betrifft sowohl ihre Notwendigkeit als auch ihre Effizienz. Es gibt eben keine „neutrale“ Technik, die uns aus jedem Dilemma heraushelfen kann, wie uns die Herrschenden weismachen wollen.

Vor allem LINKE müssen sich von dem Glauben befreien, dass der Reichtum der Natur unerschöpflich sei und Wissenschaft und Technik uns eine künstliche Welt herstellen könnten, schöner als die natürliche Welt. Wellness-Oasen mit Südseeflair werben nicht nur in Brandenburg für diese Ansichten. Viele glauben immer noch an den technischen Fortschritt wie an ein religiöses Dogma.

Es ist aber Tatsache, dass der Kapitalismus die Produktivkräfte nicht nur stark entwickelt hat, er hat Produktivkräfte auch in großem Umfang vernichtet. Das geschah in den zwei Weltkriegen, das geschah durch die Treuhand nach der Wende und das geschieht, wenn Konkurrenten ausgeschaltet werden oder Überproduktionskrisen anfallen.

Die im Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte sind auch auf Kosten der Gratisnaturproduktivkräfte entstanden, und durch deren zunehmende Schä-

digung und Zerstörung wurden die auf dieser Grundlage entwickelten Produktivkräfte zunehmend natur- und menschenfeindlich. Ob nun die Chemieindustrie, die Atomindustrie oder die Petrolindustrie als größte Feinde der Natur hier genannt werden oder ob generell die Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur durch fast alle Industriezweige angeführt wird, wir können die entwickelten Produktivkräfte des Kapitals nicht ohne Prüfung auf Naturtauglichkeit in eine neue Gesellschaft übernehmen.

Ein großes Hindernis bei der Umwandlung der Produktivkräfte ist deren Beharrungsvermögen. Eine in Beton gegossene Infrastruktur ist lange haltbar. Was als Großtechnik erbaut wurde, z. B. Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke, soll auch nach erfolgter Abschreibung der Anlagen Extraprofite bringen. So gibt es technische und ökonomische Hindernisse und Hemmnisse bei der Einführung neuer Produktivkräfte.

## **5.2. Zukünftiger Rohstoffmangel bestimmt letzten Endes die Technikentwicklung**

Wir haben es einer Studie der Bundeswehrakademie in Strausberg zum Peak Oil (Fördermaximum) zu verdanken, dass Klartext gesprochen wurde, was die weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen betrifft bei zunehmendem Rohstoffmangel. Ganz im Gegenteil zur regierungsamtlichen penetranten Beweihräucherung des Wirtschaftswachstums wird in der Bundeswehrstudie folgendes festgestellt: Der Peak Oil wurde 2010 erreicht. Das Erdöl wird knapper und teurer. Die militärische Sicherung der Rohstofflager für den Eigenbedarf wird immer wichtiger. Langsam wird das Weltransportsystem mit Schiff- und LKW-Transport zum Erliegen kommen, denn für Diesel gibt es in absehbaren Zeiträumen keine technische Alternative. Bio-Diesel ist kein Ausweg. Die schwindenden Nahrungsflächen werden für die Ernährung gebraucht. Nahrungsmittel werden weltweit knapper und teurer, der Peak Soil (Boden) wurde 1985 erreicht. Die Weltbevölkerung wächst weiter. Es kommt letztendlich zum Marktversagen und zu einem „Rückfall“ in die Planwirtschaft.

Seit 40 Jahren ist weltweit bekannt, dass es ein Ende des Wachstums allein schon durch Rohstoffmangel geben wird. Es gibt bereits international anerkannte Zeitpunkte der höchsten Förderquote wichtiger Industrierohstoffe. Die geförderten Erze weisen immer geringere Materialgehalte auf und werden mit immer größeren Kosten aus immer tiefer gelegenen Lagerstätten gefördert. Es entsteht die Frage, wie lange sich die kapitalistische Marktwirtschaft ohne billige und ungebremste Materialzufuhr behaupten kann, ob sie der kommenden Rohstoffkrise trotzen kann.

In der kapitalistischen Wirtschaft ist eine Umkehr und Selbstbegrenzung hin zu einer Befriedigung nur der notwendigsten Bedürfnisse bei gleichzeitigen gerechten sozial-ökologischen Verteilungsverhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit. Die kapitalistische Mühle zwingt jeden einzelnen Unternehmer oder jede Unternehmensgruppe, billiger herstellen zu lassen, das heißt mit größeren und schnelleren Maschinen größere Warenmengen herzustellen, damit das einzelne Warenexemplar billiger als das der Konkurrenz verkauft werden kann. Der technische Fortschritt, den der Kapitalist herbeiführt, ist ein unvermeidliches Nebenergebnis seiner Anstrengungen, größere Gewinne zu machen. Keine wichtige Erfindung war etwas anderes als die notwendige Lösung für ein Problem bei der Vermehrung von Kapital oder von Machterhalt durch Aufrüstung. Die Begleiterscheinung der ungebremsten Warenproduktion sind immer wieder mal Überproduktionskrisen, weil zu viel Ware da ist, die nicht verkauft werden kann. Dann werden bedenkenlos Produktivkräfte vernichtet. Erfahrene Arbeiter werden entlassen und moderne Maschinen verschrottet. Den mörderischen Mechanismus der Konkurrenz können die Kapitalisten nicht ausschalten. Die freie Konkurrenz ist eine Kraft, die ihren eigenen Untergang betreibt. Ihr Ziel und Resultat ist die Alleinherrschaft eines Unternehmens in der jeweiligen Branche. Monopole können die Marktwirtschaft in ganzen Industriezweigen weltweit ausschalten. Die Zulieferbetriebe, Daimler-Benz hat z. B. 40 000 Zulieferbetriebe, werden von den Monopolen beherrscht und einem Preisdiktat unterworfen. Und nicht nur das, sie werden auch einem Technikdiktat unterworfen.

Neu entwickelte Produkte, die haltbarer sind, werden von den Monopolen unterdrückt (z. B. weltweite Absprachen gegen eine lebenslang haltbare Glühbirne). Wenn ein Monopol entstanden ist, dann wird die Ware in seinem Produktionsbereich schlechter, die Füllmengen kleiner, die Lebensdauer kürzer und die Preise höher. Außerdem bringen die Monopole die Rohstoffquellen unter ihre Kontrolle.

Es gibt eine Untersuchung von Ernst Ullrich von Weizsäcker „Faktor Vier“ von 1995, in der an Hand von 50 Beispielen aus der Wirtschaft die Möglichkeit nachgewiesen wird, den Energie- und Materialverbrauch zu **halbieren**. Er kommt aber zu dem Schluss, dass „das Kapital Plätze höchster Gewinnspannen sucht“, und diese in den „Bereichen Ressourcenausbeutung, Arbeitsrationalisierung, Marktausweitung und Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung“ findet und nicht im Bereich der Materialeinsparung. Die Hoffnungen, dass der Markt das richten wird, hat Weizsäcker nicht. Sein Buch blieb ohne Wirkung. Den Kapitalismus stellt er nicht in Frage.

Wir können also feststellen: Innerhalb der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformation wird es zu keinerlei Materialeinsparungen kommen, die im großen Stile notwendig sind.

### 5.3. Was kann nun im Kapitalismus dennoch durch DIE LINKE in der Technikpolitik politisch auf den Weg gebracht werden?

Es ergibt sich folgende Frage: Welche Vorschläge zur Materialeinsparung könnten schon im Kapitalismus durch ökologisch determiniertes Regieren realisiert werden? Eigentlich müsste die Antwort auf diese Frage zu den Haltelinien der Regierungsbeteiligung der LINKEN gehören.

- Zuallererst müsste die Frage gestellt werden, **auf welche Produkte kann generell verzichtet werden?** Muss es z. B. Kaffeemaschinen geben? Kann man den Kaffee, wie seit Jahrhunderten üblich gewesen, nicht auch weiterhin türkisch aufbrühen? So muss Produkt für Produkt geprüft werden. Das ist natürlich ein Eingriff in die „Freiheit“ des Unternehmers und auch die des Konsumenten, wenn angeordnet wird, die Produktion von Kaffeemaschinen einzustellen. Aber wie soll der Materialverbrauch um 90 % sonst gesenkt werden? Von den GRÜNEN hat es noch keine Liste überflüssiger Produkte gegeben. Das verschreckt Wähler und Unternehmer.
- Wie kann erreicht werden, dass sich die Technikentwicklung und Produktivität **an den Gebrauchswerten orientiert**, die die **Grundbedürfnisse** stillen? Das Primat der Produktivität und Effektivität muss aufgegeben werden zugunsten der Herstellung langlebiger reparaturfreundlicher Produkte. Eine staatlich beeinflusste gebrauchswertorientierte Planung der Produktion ist überfällig. Die Regierung sieht das nicht als eine ihrer Aufgaben.
- Unbedingt muss die **Lebensdauer der Produkte** wesentlich erhöht werden. Es muss verboten werden, dass Firmen in ihre Produkte „Sollbruchstellen“ einbauen, die nach Ablauf der Garantiezeit das Produkt zum Wegwerfartikel machen. Produkte müssen so konstruiert werden, dass sie auch **repariert** werden können.
- Gefordert werden muss schon jetzt die **Regionalisierung** der Produktion. Der relativen Autonomie von Regionen gehört die Zukunft. Nicht nur, weil die Transporte nicht mehr im bisherigen Umfang möglich sind. Sie sollten auch weitgehend unabhängig von zentraler Versorgung und Dienstleistung sowie von übergeordneten wirtschaftlichen und administrativen Entscheidungen sein. Das fördert die Wirtschaftsdemokratie.
- Eine der wichtigsten Aufgaben ist der **Abbau der Militärmaschine und die Einstellung und Konversion der Rüstungsproduktion**. Weltweit arbeiten heute **zwischen 30 und 50 % aller Ingenieure und Wissenschaftler**, in den USA sollen es 60 % sein, direkt oder indirekt an militärischen Aufgaben. Was für eine Verschwendung von Entwicklungspotential, das

nur die Rohstoffsicherung mit militärischen Mitteln unter Inkaufnahme der Tötung von Menschen zum Ziel hat. Weltweit werden **10 – 15 % des Materials** in die Produktion von Rüstungsgütern gesteckt. Ein Verzicht auf Rüstungsproduktion und Forschung für neue Waffen würde riesige Wissenschaftskapazitäten freimachen, die für die Neugestaltung der Produkte und Technologien notwendig sind. Dieser Aspekt der linken Friedensbewegung wird viel zu wenig beachtet.

- Der Staat kann durch **Gesetze und Besteuerung** sowohl die Verbraucher als auch die Unternehmer in Bahnen zwingen, die zu einem **geringeren Material- und Energieverbrauch** führen. Das wird zwar den Widerstand der Unternehmer hervorrufen, deren Profitmasse geschmälert wird, und auch den Widerstand der Verbraucher von Luxusgütern mit sich bringen, die auf ihren hohen Lebensstandard nicht verzichten wollen.
- Durch Verdopplung der Mehrwertsteuer oder auch Verdreifachung könnte man den **Verbrauch von Fleisch eindämmen**. Das ist eine Forderung, die Ernährungswissenschaftler und Ärzte sofort begrüßen.
- Eine große Anzahl von Produkten kann eingespart werden durch die **gemeinsame Nutzung** von Einrichtungen. Fahrgemeinschaften, gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen, Wäschereien, gemeinsame Werkzeugnutzung u. a. können die Stückzahl der notwendigen Produkte erheblich verringern. Das müsste gefördert werden.
- Der **Wiedergewinnung von Rohstoffen** muss noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bereits die Konstruktion der Produkte muss so erfolgen, dass sich die verwendeten Materialien auch trennen lassen, wenn die Demontage anfällt. Es müssen **Stoffkreisläufe** organisiert werden.
- Möglich wäre auch, die **papiergebundene Werbung** grundsätzlich zu **verbieten**. Was da heute an Werbeschriften in die Briefkästen flattert, das führt zur Abholzung wertvoller Wälder.

Diese Aufzählung von Beispielen, wie der Materialverbrauch gesenkt werden kann, könnte fortgeführt werden. Aber das alles ist natürlich mit den Parteien des Kapitals nicht möglich, und die einzige Kraft ist die antikapitalistische LINKE, die das in ihr Programm schreiben und auch durchsetzen kann.

#### 5.4. Regulierende staatliche Technologiepolitik ist notwendig

Eine staatliche Technologiepolitik existiert heute praktisch nicht. Der Staat überlässt die großtechnischen Entwicklungen bei Kernenergie, Raumfahrt, Luftfahrt, Verkehrssystemen, Datenverarbeitung, Kommunikation usw. der Wirtschaft. In allen Fällen werden die Auswirkungen der Technik auf die Um-

welt und die Menschen nicht vorher und nicht während der technischen Entwicklung vom Staat kontrolliert. Die Erforschung der Auswirkung einer gentechnischen Manipulation ist z. B. teurer als die labormäßige Realisierung dieser Manipulation. Also unterbleibt die Kontrolle. Erst wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann soll und darf der Staat alles in Ordnung bringen. Der Staat soll z. B. dafür sorgen, wo der Atommüll untergebracht wird, und er soll das auch noch bezahlen.

Ein offizielles Politikfeld der Regierung ist der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden, die durch Produkte und Technologien entstehen. Wie ernst der Staat diese Aufgabe nimmt, sehen wir gegenwärtig beim Dioxin-Skandal.

### **5.5. Die Verantwortung der Wissenschaftler**

Kapitalismus fördert nur diejenige spezifische Technik, die Profit bringt oder militärische Überlegenheit. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt wurde und wird ökonomisch und politisch gesteuert. Schon der Wissenschaftsbetrieb ist kapitalistisch ausgerichtet: schneller, besser, größer entspricht kapitalistischer Logik. Wissenschaft muss heute ökonomisch direkt verwertbar sein. Die herrschende Wissenschaftsdoktrin ist Naturbeherrschung, Wirtschaftswachstum und Profit. Technikkritik gibt es erst, wenn das entwickelte Produkt bei Menschen in den Industrieländern Schaden anrichtet (Contergan). Schäden in der Natur und bei Menschen in den Entwicklungsländern werden in Kauf genommen.

Die Wissenschaftler haben fast alle eine ethische Gehirnwäsche hinter sich. Das mit bester Absicht geschaffene Forschungsergebnis wird nach ihrer Meinung nur durch falschen, unverantwortlichen Einsatz gegen die Menschen gerichtet. Der Wissenschaftler ist dabei unschuldig. Verantwortlich sind die Politiker, Militärs und Unternehmer.

Ein Wissenschaftler darf sich aber nicht kaufen lassen und hat die Pflicht, die Öffentlichkeit zu informieren, wenn Schaden für Mensch und Natur angerichtet werden kann. Deshalb ist Technologiefolgenforschung wichtig und notwendig. Bei großen Vorhaben müssen alternative technische Entwürfe mit Nachweis der ökologischen und sozialen Verträglichkeit obligatorisch werden unter Einschluss einer demokratischen Bürgerbeteiligung. Mindestens zwei konkurrierende Forschungsgruppen müssen an einer Themenstellung arbeiten und ihre Ergebnisse öffentlich diskutieren.

Der im Grundgesetz in Art. 5, Abs. 3 befindliche Aussage: „Die Wissenschaft und Forschung sind frei“ ist ein frommer Wunsch. Wo gibt es noch unabhän-

gige Gutachter? Wo kommen die Forschungsergebnisse ungeschminkt in die Öffentlichkeit, wenn überhaupt?

### **5.6. Was müssen wir von den Forschern und Ingenieuren verlangen?**

Zuerst einmal müssen wir verlangen, dass Wissenschaftler und Techniker nicht kollektive Täter der Naturzerstörung bleiben. Es kann nicht verantwortet werden, dass unser „Güterglück“ mit dem Unglück oder der Existenzbedrohung nachfolgender Generationen oder anderer Völker erkauft wird. Unabhängig von ideologischen Standpunkten ist heute die Erhaltung der Menschheit in den Mittelpunkt gerückt. Da genügt es schon, die christliche Wissenschaftsethik einzufordern, die vom damaligen Chefredakteur des Großen Katechismus, dem heutigen Papst Ratzinger, niedergelegt wurde. Ich zitiere: „Die Meinung, die wissenschaftliche Forschung und ihre Anwendung seien wertfrei, ist eine Illusion. Wissenschaft und Technik fordern die unbedingte Beachtung sittlicher Grundwerte. Die Entfaltung des Wirtschaftslebens und die Steigerung der Produktion haben den Bedürfnissen der Menschen zu dienen. Das wirtschaftliche Leben ist nicht allein dazu da, den Gewinn und die Macht zu steigern.“ Diese moralischen Grundsätze kann auch jeder Sozialist befürworten.

### **5.7. Technologiefolgenabschätzung**

Unternehmer betrachten die Kontrolle ihrer Forschungen und Produkte als Angriff auf ihr Unternehmen und die freie Marktwirtschaft. Vor allem nachdem sich in letzter Zeit herausgestellt hat, dass die Bürgerbewegungen einen genauso hohen Wissensstand wie die Fachexperten der Unternehmen haben. Bei Stuttgart 21 hat sich das wiederum deutlich gezeigt.

Nun ist eine vorausschauende Technikfolgenabschätzung eine knifflige Sache. Da braucht es sowohl Fantasie als auch eine große Allgemeinbildung neben dem Fachwissen. Wer konnte schon bei der Erfindung des Fernsehens voraussehen, welche Auswirkungen das auf das Familienleben und die Kindererziehung hat? Wer konnte die Wirkung der Handys auf die Kommunikation zwischen den Menschen im Alltag und auf die Gesundheitsgefährdung voraussehen? Wer konnte die Wirkung von FCKW auf die Atmosphäre voraussehen? Nachträgliche Korrekturvorschläge können das aufgetretene Problem selten beseitigen.



## 5.8. Stellung der LINKEN zur Technikentwicklung

In unserer Gesellschaft ist heute jeder ein mehr oder weniger großer Verbraucher und damit auch ein mehr oder weniger großer Zerstörer der Umwelt. Diese Vielzahl der Plünderer unseres Planeten machen die politische Mehrheit aus, nämlich den Wählerblock von FDP über die CDU und SPD bis hin zu den Grünen. Dieser Wählerblock ist sich einig, dass der sogenannte materielle Wohlstand nicht sinken darf. Sie werden dadurch alle zum Hüter der Wirtschaftsinteressen am Wachstum. Es lebt sich durch Ausbeutung der Natur, anderer Völker und Übernutzung des Planeten recht gut in den Industrieländern.

Diese Mehrheit wird erst aufbrechen, wenn sich der Spritpreis in einem Jahr verdoppelt und zugleich die Nahrungsmittel erheblich teurer werden als bisher, d. h. der Lebensstandard großer Bevölkerungsteile merklich sinkt. Das deutet sich in einigen Ländern und bei uns schon an. Klimawandel, Rohstoffmangel und Verteuerung aller Produkte des täglichen Lebens werden einen Meinungs- und Stimmungswandel hervorrufen. Zu hoffen ist, dass bis dahin eine nicht zu lange Frist verstreicht, sonst ist es zu spät zum Umsteuern.

Wie soll sich DIE LINKE nun verhalten unter der Erwartung, dass diese Krise sicherlich eintreten wird, weil die Ressourcen knapp werden?

Die LINKE muss ein **Technologiekonzept** entwickeln, das nicht marktwirtschaftlichen Kriterien folgt, sondern durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist: Die Produktpalette muss sich an den lebensnotwendigen Grundbedürfnissen orientieren. Diese müssen definiert werden. Es sollten Produkte hergestellt werden, die sich alle leisten können. Die technologische Organisation der Produktion muss den lokalen, kulturellen und ökonomischen Bedingungen angepasst werden: kleine Stückzahlen, ein hohes technisches Niveau bei geringem Kapitaleinsatz. Die verwendeten Werkzeuge müssen von den lokal damit Arbeitenden gewartet und kontrolliert werden und deshalb reparatur- und wartungsfreundlich sein. Wo immer möglich, sollten lokal verfügbare Rohstoffe und lokal verfügbare Energieressourcen verwendet werden. Die Technologie sollte flexibel und schnell umrüstbar sein, damit die Gemeinschaft nicht an als falsch erkannte Entwicklungsrichtungen gebunden ist. Es müssen für alle Menschen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Das Ziel einer neuen **menschenfreundlichen und naturschonenden Technologie** liegt in einer mehr handwerksähnlichen modernen Kleintechnologie, die alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Menschen fordert und fördert, arbeitsintensiv ist, ohne dabei die Automatisierung körperlich schwerer, monotoner, die Gesundheit gefährdender Arbeiten zu negieren.

Eine solche technologische Ausrichtung der Wirtschaft ist in den Kapitalismus schwer zu integrieren, weil sie weniger Profit bringt. Sie existiert aber heute im Ansatz bereits in vielen Handwerksbetrieben und kleinen Unternehmen.

Wenn man aber von dem Bedürfnis nach sinnvoller Arbeit ausgeht, dann liegt man außerhalb der heutigen Marktgrenzen. Der Staat und die Konzerne sind nicht daran interessiert, die heutige Großtechnik zurückzudrängen. Die Technologie wird immer noch nach ihrer Kapitalverwertung ausgewählt. Es kann also im Kapitalismus bestenfalls nur einen Mix aus Großtechnologie und alternativer Technologie geben. Solange kapitalistische Eigentums- und Machtverhältnisse bestehen, wird die Einführung jeglicher alternativer Technologie, sei sie nun sanft, mittel, klein oder angepasst, von den Kapitalisten verhindert werden. Es müssen also von den LINKEN alternative Lebens- und Produktionskonzepte, sogenannte „Rettungsboote“, unterstützt und initiiert werden, um schon jetzt Umstellungen der Technologie zu fördern, die unseren Vorstellungen von einer demokratischen sozialistischen Wirtschaft entsprechen.

## 6. Der optimale Eigentumsmix und die Grenzen der Planwirtschaft in einer neuen Wirtschaftsordnung

*Überarbeiteter Text der Rede von Prof. Dr. Klaus Steinitz, Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand DIE LINKE*

Eine fundierte Auseinandersetzung mit der Problematik des Wirtschaftswachstums bzw. einer Schrumpfung der Wirtschaft verlangt, zunächst die Zielstellung, die der Analyse und Bewertung der hiermit verbundenen Probleme zugrunde gelegt werden soll, adäquat zu bestimmen. Sie könnte lauten: **eine zukunftsfähige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen, die allen Menschen dieser Erde und den nachfolgenden Generationen ein gutes, menschenwürdiges Leben ermöglicht.** In einer solchen Charakterisierung kommen drei entscheidende Elemente einer zukunftsorientierten und -fähigen Entwicklung im 21. Jahrhundert zum Ausdruck:

1. Sie muss nachhaltig sein, d. h. die Reproduktion der Lebensbedingungen nachfolgenden Generationen sichern.
2. Sie muss sozial sein, im Interesse der Menschen und ihrer Bedürfnisse liegen, d. h. ein menschenwürdiges Leben gewährleisten, und
3. sie muss die globale Herausforderung berücksichtigen und die Grundrechte einschließlich der Nutzung der natürlichen Umwelt für alle Menschen und für alle Regionen der Erde gewährleisten.

Hieraus ergeben sich wiederum mehrere Fragen, die mit dem mir gestellten Thema zusammenhängen, aber über die Fragen nach einem „optimalen Eigentumsmix“ und den „Grenzen der Planwirtschaft“ wesentlich hinausgehen. Es erscheint mir zweckmäßig zu sein, zu dieser umfassenderen Problematik einige Bemerkungen zu machen, um weitere Fortschritte im Erkenntnisprozess und im linken Diskurs zu befördern. Ich werde daher in meinem Beitrag folgende vier komplexe Fragestellungen behandeln:

1. **Wie wollen wir in Zukunft unter Berücksichtigung der Verschärfung der Umweltprobleme leben und arbeiten?** Davon ist die Frage abgeleitet, welche tiefgreifenden Veränderungen sowohl auf den verschiedenen Handlungsebenen als auch in den gesellschaftlichen und individuellen Verhaltensweisen notwendig sind, um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit in der Welt zu erreichen und zu sichern? Bei den Handlungsebenen geht es um die globale, die zwischenstaatliche - regionale Blöcke und andere Zusammenschlüsse von Staaten, wie EU u. Ä., die nationalstaatliche, die innerstaatlich-regionale und die kommunale Ebene.

2. **Welche Konsequenzen ergeben sich aus den für eine solche Nachhaltigkeit erforderlichen Reduzierungen des absoluten Verbrauchs an natürlichen Ressourcen und der Umweltverschmutzung** erstens für Innovationen zur Erhöhung der Energie- und Rohstoffeffizienz; zweitens für den verstärkten Einsatz regenerativer Energien und Rohstoffe zur Ablösung nicht nachwachsender natürlicher Ressourcen; drittens für strukturelle Änderungen der Wertschöpfung in Richtung einer stärkeren Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, höherer Anteile humanorientierter Dienstleistungen und die natürlichen Ressourcen weniger belastender Produktionen mit einer hohen Wertschöpfung – hierzu gehören auch Innovationen zur Verbesserung der Gebrauchswerte, u. a. zur Verlängerung der Lebensdauer der Produkte und zur Verbesserung ihrer Reparaturfähigkeit; viertens einer stärkeren Konsistenz von Produktionskreisläufen und natürlichen Kreisläufen, indem die ersteren möglichst umfassend und dauerhaft in die natürlichen Kreisläufe eingefügt werden, z. B. durch weitgehend geschlossene Stoffkreisläufe; fünftens einer stärkeren Orientierung von Produktion und Konsumtion am Suffizienzprinzip sowie sechstens unter Berücksichtigung der genannten Prozesse für Wirtschaftswachstum bzw. Schrumpfung?
3. **Welche Rolle spielen die Eigentumsverhältnisse für Veränderungen im Wirtschaftswachstum und für den erforderlichen sozial-ökologischen Umbau, welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die notwendigen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse heute und im Zusammenhang mit einem zukünftigen sozialistischen Transformationsprozess?** Dabei sollte es vor allem gehen um die Einheit und wechselseitige Durchdringung von konkreten Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen einerseits durch Demokratisierung, Eingriffe in die Verfügung über das Eigentum, insbesondere bei der Aneignung der Ergebnisse der Wertschöpfung, und andererseits durch Veränderung der Eigentumsformen durch verschiedene Schritte und Richtungen der Vergesellschaftung. Heute einen „optimalen Eigentumsmix“ – im Sinne quantitativer Relationen zwischen verschiedenen Eigentumsformen – in einer „neuen Wirtschaftsordnung“ zu bestimmen, halte ich weder für notwendig noch für real möglich. Das schließt natürlich nicht aus, sondern vielmehr ein, Grundrichtungen zur Veränderung der heutigen Eigentumsverhältnisse und zur Herausbildung einer zukünftigen Pluralität von Eigentumsformen oder eines zukünftigen Eigentumsmix aufzuzeigen, zu begründen und zu diskutieren.
4. **Warum und wie kann eine gesellschaftliche Planung im Unterschied zur Marktregulierung die notwendigen Voraussetzungen für den dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau schaffen?** Welche Möglichkeiten und Potenziale enthält eine gesellschaftliche Planung für die

Lösung dieser Aufgabe und auf welche Grenzen stößt sie? Die Möglichkeiten und Potenziale sollten jedoch an der Spitze stehen und nicht von vornherein die Grenzen. Welche Erfahrungen des gescheiterten Staatssozialismus können hierfür genutzt werden?

### **6.1. Die Umweltkrise und wie wollen wir zukünftig leben und arbeiten**

Für die Diskussion um Nachhaltigkeit scheint es mir wichtig zu sein, die Vorstellungen über das Ziel, ein menschenwürdiges und gutes Leben für alle Erdenbewohner nachhaltig zu erreichen und zu sichern, weiter zu qualifizieren. Hier sei nur auf einige Fragen verwiesen, zu denen unsere Antworten bisher nicht ausreichen.

Wie verhalten wir uns zu der Forderung einer gesellschaftlichen und Produktivkräfteentwicklung zur Verwirklichung des Prinzips „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, wie es von Karl Marx zur Charakterisierung der kommunistischen Entwicklungsphase in der Kritik des Gothaer Programms begründet wurde? Müsste dieses Prinzip, das von Marx vor 135 Jahren begründet wurde, als es für die Ökonomie faktisch ein kaum sichtbares existenzielles Umweltproblem gab, und das lange Zeit als Ziel der Entwicklung in der kommunistisch-sozialistischen Bewegung unbestritten war, nicht heute anders betrachtet werden? Kann eine gesellschaftliche Entwicklungsstufe angestrebt werden, in der alle ihre Bedürfnisse befriedigen können, z. B. nach einem Auto, nach einem Haus in grüner Umgebung, nach Reisen in alle Teile der Welt? Die Frage stellen heißt eigentlich auch schon, sie zu verneinen. Es müsste erörtert werden, was zu einem guten, menschenwürdigen und glücklichen Leben gehört und wie die hierzu erforderlichen Bedingungen zu schaffen sind.

Diese Problematik ist wiederum eng mit der Frage verbunden, in welchen Schritten und in welchen Richtungen soziale Gleichheit bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Daseinsvorsorge und bei Befriedigung anderer Grundbedürfnisse, die für ein gutes Leben erforderlich sind, erreicht werden könnte. Dazu müssten sowohl die Bestimmung dieser Bedürfnisse als auch der Voraussetzungen und Wege ihrer Befriedigung weiter untersucht und diskutiert werden. Dies hat mit Gleichmacherei nichts zu tun und muss damit verbunden werden, dass die Individualität und Unterschiedlichkeit der Menschen berücksichtigt wird und die Menschen die Möglichkeit haben, innerhalb eines von der Gesellschaft gesetzten Rahmens ihre unterschiedlichen individuellen Bedürfnisse auch zu befriedigen.

Bisher ist es auch noch nicht ausreichend gelungen, die Frage zu beantworten, wie vor allem die individuellen Verhaltensweisen so verändert werden können, dass sie in Übereinstimmung mit den Umwelterfordernissen stehen,

und in welchen Zeiträumen die dazu erforderlichen substanzielle Veränderungen in diesen Verhaltensweisen auf demokratischer Grundlage überhaupt realisierbar sein könnten.

Ein weiteres Problem, das m. E. noch zu wenig beachtet wird, ergibt sich aus den riesigen Unterschieden im wirtschaftlichen Leistungs- und im Lebensniveau im globalen Maßstab zwischen den Industriestaaten, den Schwellenländern und den armen und ärmsten Ländern. Die Konzentration der Anstrengungen auf die Lösung von Umweltproblemen in den Industriestaaten würde die **Reproduktion und sogar Verschärfung dieser Unterschiede für große Teile der Erdbevölkerung bedeuten**. Die Fortführung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern des Südens auf dem Weg einer nachholenden Industrialisierung, verbunden mit den hohen Wachstumsraten in den Schwellenländern, würde aber einen Verzicht auf die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft zur Konsequenz haben. Das wurde zuletzt deutlich bei der Erörterung des nächsten Fünfjahrplans der Volksrepublik China auf dem Nationalen Volkskongress Anfang 2011.

Wie könnten die Wege aussehen, die beschritten werden, um dem Recht auf gleiche Umweltnutzung für alle in einer absehbaren Zeit spürbar näher zu kommen? Auch hier geht es um bisher noch nicht befriedigend gelöste Fragen, die auch eine grundlegende Veränderung der Verhaltensweisen der Industrieländer und der in diesen Ländern lebenden Menschen zur Bevölkerungsmehrheit, die in den Entwicklungsländern lebt, einschließt. „Ein zukunftsfähiges globales Modell gesellschaftlicher Entwicklung **muss auf einer veränderten Entwicklungsphilosophie basieren, in der Nachhaltigkeit, Solidarität und globale Gerechtigkeit eine widerspruchsvolle Einheit bilden**. Ohne nachhaltige und solidarische Gestaltung der globalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung lässt sich keines der weltweiten Probleme heute mehr lösen.“<sup>1</sup> Damit wird auch die Herausbildung eines neuen Typs wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung, einer solidarischen, friedvollen und demokratischen Weltgesellschaft zur großen Herausforderung des 21. Jahrhunderts.<sup>2</sup>

Hier könnte eine Dimension, die bisher im Nachhaltigkeitsdiskurs größtenteils eine vernachlässigte, untergeordnete Rolle spielt, eine wichtige Funktion erhalten, die **Kultur, die im umfassenden Sinne Ausdruck ist für die Art und Weise des Lebens der Menschen und der Völker, ihrer materiellen und geistigen Reproduktion, ihrer Kommunikation miteinander, und die**

<sup>1</sup> ReiBig, Rolf (2009): Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden, S. 280.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda S. 185.

**einen entscheidenden Teil der Lebensqualität der Menschen bildet.**<sup>3</sup> Eine Kultur der Nachhaltigkeit würde sich in der Fähigkeit äußern, mit Phantasie und Kreativität zu Lösungen zu kommen, die über die herkömmlichen technischen und effizienzorientierten Ansätze hinausgehen. Nachhaltigkeit müsste auch als eine kulturelle Herausforderung begriffen werden, die u. a. darin besteht, die notwendige Umsetzung des anspruchsvollen Nachhaltigkeitsleitbilds durch substanzielle Veränderungen in den gesellschaftlichen Normen, Werten und Handlungsmustern zu fördern.<sup>4</sup>

Damit könnte der notwendige Wandel in den Industrieländern etwa wie folgt charakterisiert werden: **„Es geht um einen prinzipiell neuen Entwicklungspfad, der im Kern durch einen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaften und einen entsprechenden Umbau der Sozialsysteme und einen Wandel der kulturellen Deutungsmuster und Lebensweise gekennzeichnet ist.“**<sup>5</sup>

## **6.2. Konsequenzen und Herausforderungen, die sich für Innovationen, strukturelle Veränderungen und Wirtschaftswachstum ergeben.**

In Auseinandersetzungen um die Zukunftsfähigkeit stößt man häufig auf etwas einseitige Betrachtungsweisen, die vor allem eine Forderung für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung hervorheben und andere vernachlässigen. In Reaktion auf die Umweltkrise sind zwei Tendenzen besonders häufig anzutreffen:

**Einmal die Forderung nach qualitativem Wachstum**, d. h. einem Wachstum, das nicht primär auf der quantitativen Vergrößerung der Wirtschaftsleistung, des BIP, beruht, sondern auf

- Innovationen zur Reduzierung des Energie- und Stoffeinsatzes in bisher nicht gekannten Dimensionen und
- tiefgreifenden Veränderungen in den Wertschöpfungsstrukturen zu Gunsten von Produktionen mit einer hohen Wertschöpfung je Einheit des Energie- und Stoffeinsatzes sowie von Produkten mit einer höheren Qualität und Lebensdauer sowie
- einer dauerhaften Erhöhung der Anteile der Dienstleistungsbereiche, von hochwertigen, humanen (Bildung, Gesundheit, Kultur, soziale Betreuung u. a.) und Informationsdienstleistungen, die im Vergleich zum produzie-

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Kopfmüller, Jürgen (2009): Von der kulturellen Dimension nachhaltiger Entwicklung zur Kultur nachhaltiger Entwicklung, In: Banse, G.; Parodi, O; Schaffer, A. (Hrsg.); Interdependenzen zwischen kulturellem Wandel und nachhaltiger Entwicklung, Karlsruhe, S. 25 ff.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 30 und 35.

<sup>5</sup> ReiBig, Rolf (2009): Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert, a. a. O., S. 19.

renden Gewerbe einen weit geringeren Aufwand an Material und Energie aufweisen.

Die bei einem über eine längere Periode andauerndem exponentiellen Wirtschaftswachstum (d. h. bei gleichen Zuwachsraten) zu lösenden Probleme werden in der folgenden Tabelle deutlich: Eine Steigerung der Rohstoff-, Energie- und Materialproduktivität auf mehr als das 10-Fache scheint allein durch qualitatives Wachstum und Strukturveränderungen nicht realisierbar zu sein.

Tab. 1: Anforderungen zur Senkung des spezifischen Verbrauchs an Rohstoffen und fossilen Energieträgern bis 2050 bei einer notwendigen Verringerung des absoluten Verbrauchs in den Industrieländern auf 20 % (bzw. 10 %) des Standes von 2000.

Jährliches Wachstum des BIP [%]	Wachstum des BIP gegenüber 2000 [%]	Notwendige Steigerung der Rohstoff- und Energieproduktivität bei Senkung des absoluten Verbrauchs auf 20 % (10 %) [n-Faches]
-1	-60	3 (6)
0	100	5 (10)
1	164	8 (16)
2	269	13 (27)
3	438	22 (45)

**Zum anderen die Forderung nach einem dauerhaften Wachstumsverzicht bzw. nach einer nachhaltigen Schrumpfung der Wirtschaftsleistung.** Wirtschaftswachstum stößt an die natürlichen Grenzen der Verfügbarkeit von Energie- und Rohstoffressourcen und der Belastbarkeit der Natur durch Verschmutzungen und Abfälle aus dem Produktionsprozess und aus der Konsumtion und kann daher in einer endlichen Welt nicht dauerhaft fortgeführt werden. Diese Feststellung ist aber nur die halbe Wahrheit. Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit können nur gesichert werden, wenn es gelingt, beides miteinander zu verknüpfen, geringeres Wirtschaftswachstum bzw. langfristig Verzicht auf Wirtschaftswachstum oder auch Schrumpfung der Wirtschaft in bestimmten Bereichen und auch Regionen mit einer anderen Qualität der wirtschaftlichen Entwicklung und des gesamten Lebens, wie sie oben schon kurz beschrieben wurde, mit Innovationen und strukturellen Veränderungen auf allen für den Verbrauch von natürlichen Ressourcen und die Umweltbelastung wichtigen Feldern und Ebenen.

Wachstum, Wachstumsverzicht und Schrumpfung sind ökonomische Kategorien, die sowohl für die Volkswirtschaft insgesamt als generelle Forderungen zu analysieren und begründen sind, als auch Forderungen, die sehr differen-



ziert für die verschiedenen Bereiche, Zweige bzw. konkreten Produktions- und Dienstleistungskomplexe anzuwenden sind.

Unser Herangehen an die Wachstumsproblematik müsste auch dadurch charakterisiert sein, dass es sich beim Wachstum oder beim Wachstumsverzicht nicht um anzustrebende Ziele handelt, sondern um Bedingungen, die einen wesentlichen Einfluss auf die eigentlichen Ziele eines nachhaltigen gesellschaftlichen Fortschritts haben, auf die absolute Reduzierung der Umweltverschmutzung und des Verbrauchs natürlicher Ressourcen, auf die Befriedigung der für ein menschenwürdiges, glückliches Leben notwendigen Bedürfnisse sowie auf die Verringerung und schließlich Überwindung der riesigen globalen Ungerechtigkeiten bei der Nutzung des begrenzten Umweltraums und in den Lebensbedingungen und -chancen der Menschen.

Es geht aber hier um weitere Problem des Wachstums, die in ihren widersprüchlichen Wirkungen näher analysiert und für deren Lösung entsprechende Konsequenzen herauszuarbeiten sind. Eine besondere Bedeutung haben die Beziehungen des Wachstums

1. **Zur Kapitalverwertung**, zum inneren Trieb des Kapitalismus nach höchsten Profiten sowie zur Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals.

Aus dem Profitzwang für das Überleben im Konkurrenzkampf und dem Drang nach Höchstprofiten erwächst ein Wachstumszwang. Die Frage besteht vor allem darin: Lassen sich im Kapitalismus solche Regularien und Mechanismen herausbilden, die den Wachstumszwang aufheben oder zumindest substanziell mindern? Mit anderen Worten: Ist ein „grüner Kapitalismus“ möglich, der Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung schafft? Bei Beibehaltung der Dominanz des kapitalistischen Privateigentums und des darauf beruhenden Profitprinzips wird dies ungeachtet möglicher Teilfortschritte grundsätzlich nicht möglich sein. Auch wenn Teilergebnisse bei der Bewältigung der Umweltkrise erreichbar sind, werden die mit dieser Krise verbundenen Grundprobleme bei weiterer Dominanz kapitalistischer Eigentumsverhältnisse nicht gelöst werden. Mit der Umweltproblematik verschärfen sich die Konflikte zwischen dem aus dem Wesen des Kapitals entspringenden Streben nach Maximierung des Profits und der eigentlichen Zweckbestimmung der wirtschaftlichen Tätigkeit, der Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung und der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts.

In Diskussionen um das Wachstum wird oft auch auf die Wirkungen des gegenwärtigen Geld- und Kreditsystems hingewiesen. Das hiermit verbundene Zins- und Zinseszinsystem rufe einen Wachstumszwang hervor. Um diesen zu überwinden sei daher die Abschaffung dieses Systems notwendig. Beim Zins und anderen mit dem Finanzsystem verbundenen spe-

kulativen Möglichkeiten, leistungslose Einkommen zu beziehen, handelt sich im Wesentlichen um eine spezifische Form der gewaltigen Zunahme leistungsloser Einkommen, die im Gesamtzusammenhang mit dem Profit als Existenzbedingung des Kapitals gesehen werden müssten. Die im Finanz- und Kreditsystem enthaltenen Möglichkeiten einer gewaltigen, exzessiven und unkontrollierten Zunahme der Renditen beruhen auf einer fast schrankenlose Deregulierung im Finanzmarktkapitalismus, die sich zeitweilig von ihrer realen Basis, der Produktion, gelöst hat. Die 2008 ausgebrochene Finanzmarktkrise hat im Zusammenhang mit den staatlichen Rettungsschirmen für die angeschlagenen großen Banken zu einer starken Erhöhung der Staatsschulden und damit auch der aus den Haushalten zu finanzierenden Zinsen geführt. Eine kurz- oder mittelfristige Lösung kann aber nicht in der Abschaffung des gegenwärtigen Finanzsystems und der Zinsen liegen, sondern erfordert strikte Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte – worin auch Konsequenzen für die öffentlichen Schulden und die Zinsentwicklung einbezogen sein sollten - einschließlich der Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung von Großbanken.

2. **Zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Zurückdrängen der Massenarbeitslosigkeit.**
3. **Zur Entwicklung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen** sowie
4. **Zur Sicherung der finanziellen Grundlagen des Staates und der Gesellschaft** und dabei besonders für eine zukunftsfähige Gestaltung der sozialen Sicherheitssysteme und für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Die Punkte 2 bis 4 weisen eine wichtige Gemeinsamkeit auf: Wirtschaftswachstum führt nicht aus sich heraus zu mehr Arbeitsplätzen, zu höheren Einkommen der abhängig Beschäftigten oder zu zusätzlichen Haushaltseinkommen, die für die Lösung sozialer und ökologischer Aufgaben eingesetzt werden können. Wachstum schafft jedoch dafür bestimmte Bedingungen, günstigere Voraussetzungen. Es ist von der Politik, von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, insbesondere den Aktionen und Kämpfen der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie deren enger Verbindung mit der Politik linker, sozialistischer Parteien abhängig, inwieweit diese für die Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze, die Bekämpfung von Armut und eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung und Erneuerung der Systeme sozialer Sicherheit genutzt werden. Forderungen nach Wachstumsverzicht oder Schrumpfung der Wirtschaftsleistung müssten immer mit Vorstellungen verknüpft werden, wie unter diesen Bedingungen Arbeitslosigkeit zurückgedrängt werden kann, die höheren Sozialleistungen finanziert und auch die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden können, ohne notwendige Ausga-

ben für Bildung Gesundheit, Kultur, öffentliche Sicherheit und Modernisierung der Infrastruktur zu beschneiden.

Ökonomisches Wachstum dürfte für linke Politik, auch für linke, alternative Wirtschaftspolitik, wie bereits hervorgehoben wurde, **nicht als eigenständiges Ziel angesehen werden, sondern müsste immer unter dem Aspekt der Funktion der Wirtschaft für die Menschen betrachtet werden.** Dabei sollten auch der Weiterentwicklung der Kriterien zur Bestimmung des Wohlstands, der Überwindung seiner einseitigen Bindung an materielle Güter, größere Beachtung geschenkt werden. Die Zielstellung des Wirtschaftens müssten um die Aufgaben zur Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umweltbedingungen und damit zur Förderung eines ökologischen Gleichgewichts erweitert werden.

Es ist auch wichtig, dieses im BIP gemessene Wirtschaftswachstum durch ökologische Kennziffern und Berechnungen sowie möglichst komplexe Wohlstandsindikatoren nicht nur zu ergänzen, sondern auch in der Aussage zu korrigieren.

**Eine Politik ökologischer Nachhaltigkeit ist nur im Rahmen und in Verbindung mit sozialer Nachhaltigkeit, d. h. sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, konsequent, umfassend und dauerhaft erreichbar. Auf dieser Einheit von Ökologischem und Sozialem beruht auch das Konzept des sozial-ökologischen Umbaus.**

Schließlich soll die Notwendigkeit noch mal unterstrichen werden, die Forderungen nach Wachstumsverzicht bzw. Wirtschaftsschrumpfung sehr differenziert auf die verschiedenen Länder und Ländergruppen, auf die entwickelten Industrieländer, die Schwellenländer und die ökonomisch schwächsten und ärmsten Länder anzuwenden. Bei einer Betrachtung der globalen Weltwirtschaft ergeben sich für das zukünftige Wirtschaftswachstum sehr weitgehende Konsequenzen und Probleme. Ihnen wird in den meisten Diskussionen über Wirtschaftswachstum leider nicht die notwendige Beachtung geschenkt.

### **6.3. Zusammenhänge zwischen Eigentumsverhältnissen und Nachhaltigkeit**

Marx hat nachgewiesen, dass das Eigentum an den Produktionsmitteln vor allem **die gesellschaftlichen Beziehungen betrifft, die die Menschen zueinander hinsichtlich der Bedingungen und der Ergebnisse der Produktion eingehen**<sup>6</sup> In diesem Sinn realisiert sich das Eigentum an den Produkti-

<sup>6</sup> In der Deutschen Ideologie schreiben Karl Marx und Friedrich Engels: „Die verschiedenen Entwicklungsstufen der Teilung der Arbeit sind ebensoviel verschiedene Formen des Eigentums; d. h. die jedesmalige Stufe der Teilung der Arbeit bestimmt auch die Verhältnisse der Individuen zueinander in Bezug auf das Material, das Instrument und Produkt der Arbeit.“ (MEW, Band 3, S. 22).

onsmitteln vor allem im Prozess der produktiven Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur. Es charakterisiert die dabei von den Menschen eingegangenen gesellschaftlichen Beziehungen und die Art und Weise, wie die ökonomische Aneignung der Ergebnisse dieser Auseinandersetzung erfolgt. Der Kapitaleigentümer verfügt über die Produktionsmittel nach seinen Interessen und kann andere von der Verfügung bzw. Nutzung ausschließen. Damit ist das kapitalistische Eigentum die wichtigste Grundlage für die ökonomischen und im Wesentlichen, infolge der entscheidenden Rolle der Ökonomie, auch für alle anderen gesellschaftlichen Beziehungen, darunter auch die Beziehungen der Menschen und der gesamten Gesellschaft zur Natur, sowie für die politische Macht des Kapitals in den kapitalistischen Gesellschaften.

Die **Dominanz des kapitalistischen Eigentums bedeutet** – unabhängig von seinen vielfältigen Modifizierungen und seinen konkreten Formen in der historischen Entwicklung – vor allem dreierlei: Erstens: Die kapitalistische Gesellschaft hat ihre **ökonomische Grundlage in der Aneignung der Ergebnisse fremder, unbezahlter Arbeit**, d. h. in der Ausbeutung der Arbeitskraft. Demzufolge sind soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit Wesenszüge dieser Gesellschaft in allen ihren Entwicklungsstadien und -formen. Zweitens: Aus dem Kapitalcharakter der Produktionsmittel ergibt sich das **objektive Interesse ihrer Eigentümer an der höchstmöglichen Verwertung ihres Kapitals, d. h. an höchsten Profiten**. Damit ist die Ausplünderung der beiden Grundquellen des Reichtums, des Menschen und der Natur, verbunden. Bei Dominanz kapitalistischer Eigentumsverhältnisse folgt daraus, dass die Profitinteressen die Grundrichtungen der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung wesentlich bestimmen, die zunehmend den Interessen der Bevölkerungsmehrheit und den Erfordernissen einer zukunftsorientierten Gestaltung der Bedingungen menschlichen Lebens widersprechen. Drittens ist **das Eigentum als gesellschaftliches Verhältnis nicht etwas Gegebenes und Feststehendes**. Auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse sind veränderlich und damit auch beeinflussbar. Einschneidende Veränderungen in den konkreten kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und -strukturen vollzogen sich insbesondere mit dem Übergang zum Finanzmarktkapitalismus.

Aus der Marxschen politischen Ökonomie folgt auch die zentrale Rolle, die der Veränderung der Eigentumsverhältnisse, dabei vor allem der Überwindung der Dominanz des Kapitaleigentums, für den Übergang zu einer alternativen sozialistischen Gesellschaft zukommt.

Aus einer **Analyse der kapitalistischen Eigentumsstrukturen** ergeben sich auch neue Herausforderungen an eine sozialistische Politik, die hier nur in einigen Stichpunkte genannt werden können:

- **Eine neue Qualität der Internationalisierung kapitalistischer Eigentumsstrukturen.** Im gegenwärtigen globalen Kapitalismus gewinnen die transnationalen Konzerne (TNK) oder Global Players ein entscheidendes Gewicht. Die TNK spielen eine zunehmende Rolle im Wirtschaftsleben aller kapitalistischen Länder, darunter auch in Deutschland, und üben einen zunehmenden Druck auf die Politik aus, z. B. General Motors und die Perspektive der Opelwerke in Deutschland, Vattenfall und die Auseinandersetzungen um die Erfüllung der Klimaziele und die Einführung der Technologie zur unterirdischen Kohlenstoffverpressung (CCS) im Zusammenhang mit dem geplanten Bau neuer Braunkohlekraftwerke. Über globale Kapitalströme, die als Auslandsinvestitionen größtenteils über die TNK realisiert werden, bestimmen sie in hohem Grad die Entwicklungsperspektiven in den Ländern der „Dritten Welt“. Ihre Profitinteressen bilden das Haupthemmnis für Fortschritte in der globalen, überstaatlich-regionalen und nationalstaatlichen Umweltpolitik.
- **Übergang zum Finanzmarktkapitalismus.** Die verheerenden Auswirkungen dieser Entwicklung zeigten sich im Gefolge der letzten umfassenden kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 ausbrach: Ihre Folge waren Hunderte Milliarden Euro zur Rettung von Banken auf Kosten der Steuerzahler, eine drastische Zunahme der Haushaltsdefizite und Erhöhung der Schuldenquoten, Sparprogramme zur Haushaltskonsolidierung vor allem auf Kosten der sozial Schwachen sowie auch auf Kosten der Realisierung notwendiger umweltpolitischer Maßnahmen.
- **Eindringen des Kapitals und damit des Profitprinzips in alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge:** Gesundheit, Bildung, soziale Sicherungssysteme, Personenverkehr sowie in die Klima- und Umweltpolitik. Damit wird eine neue Qualität der Unterwerfung aller Bereiche der Gesellschaft unter die Gesetze der Marktwirtschaft und ihrer Regulierung durch den Profit erreicht. Die Ökonomie durch Enteignung des Öffentlichen gewinnt eine neue Dimension. Damit erhält auch der Kampf um die Erhaltung der öffentlichen Güter und des öffentlichen Raums und um das Rückgängigmachen der Privatisierungen auf diesen Gebieten, insbesondere die Rekommunalisierung, einen neuen, höheren Stellenwert.
- **Verstärkte Tendenz zur Privatisierung von Natur- und Rohstoffressourcen sowie der Verschmutzungsrechte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch die transnationalen Konzerne im Zusammenhang mit der Klimakrise und der zunehmenden Verknappung natürlicher Ressourcen.** Damit wird die Nord-Süd-Kluft vertieft. Der Übergang auf den neuen Entwicklungspfad sozial-ökologisch nachhaltiger Entwicklung wird blockiert.

Die hiermit verbundenen weitgehenden Konsequenzen für linke Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik schlagen sich jedoch bisher noch nicht ausreichend in strategischen linken Politikvorstellungen und in konkreten Projekten nieder.

Für eine linke Politik steigt der Stellenwert gesellschaftlicher Regulierung und demokratischer Kontrolle der Wirtschaft, speziell der Finanzmärkte, der Veränderung von Eigentumsverhältnissen im Bankensektor, in Bereichen der Infrastruktur und der Energiewirtschaft zugunsten des öffentlichen Eigentums, einer Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung, vor allem auch einer stärkeren gesellschaftlichen, demokratischen Regulierung und Kontrolle im gesamten Finanzbereich. Die Koordinierung der hierfür erforderlichen Schritte und konkreten Maßnahmen in der EU und im globalen Maßstab wird immer vordringlicher.

Schließlich soll noch hervorgehoben werden, dass im Zusammenhang mit dem sozial-ökologischen Umbau, darunter speziell mit der notwendigen Energiewende hin zu erneuerbaren Energieträgern, kommunale und andere regionale Eigentumsformen an Bedeutung gewinnen.

Aus der **Analyse der Eigentumsprobleme des gescheiterten Staatssozialismus**, u. a. der Zusammenhänge zwischen seinen strukturellen Deformationen und der ausgebliebenen realen Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums, ergeben sich **wichtige Erkenntnisse für eine zukünftige sozialistische Eigentumspolitik**.

Wenn in der Linken ernsthaft über die ökonomischen Strukturen eines Sozialismus im 21. Jahrhundert sowie über Wege und Schritte dorthin diskutiert werden soll, ist es unverzichtbar, sich gründlich mit den differenzierten, widersprüchlichen Erfahrungen des Realsozialismus auf diesem Gebiet auseinanderzusetzen. Das wird unter den Linken noch unterschätzt und teilweise sogar ignoriert.

Bei einer solchen Analyse spielt die falsche, aber lange Zeit in der politischen Ökonomie des Sozialismus allgemein akzeptierte Annahme eine wichtige Rolle, mit der Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in staatliches Eigentum sei die Eigentumsfrage im Wesentlichen gelöst. Das staatliche Eigentum sei als gesamtgesellschaftliches Eigentum als solches schon die höchste Eigentumsform. Dass es hier vor allem um das Feld realer Vergesellschaftung geht, auf dem die Produzenten und darüber hinaus alle BürgerInnen einen bestimmenden demokratischen Einfluss auf die Gestaltung der Produktions- und Aneignungsprozesse, darunter auf die Beziehungen Mensch - Natur, nehmen, wurde in den staatssozialistischen Ländern weitgehend ignoriert.

Die fehlende reale Vergesellschaftung des Eigentums mit ihren Folgewirkungen und Erscheinungsformen einer überzentralisierten Planung, fehlender

demokratischer Partizipation der Belegschaften der Betriebe und der Bevölkerung an den wichtigen Entscheidungsprozessen, einer schwachen direkten ökonomischen Kopplung der Einkommen an die erzielten ökonomischen Ergebnisse waren grundlegende Mängel des Staatssozialismus. Sie wirkten sich hemmend auf Innovationen, Effizienz und Produktivität aus.

Für die Wirtschaftsdemokratie bieten die verschiedenen Formen des Gemeineigentums unterschiedliche Möglichkeiten. So schafft das **Belegschafts- oder Gruppeneigentum im Verhältnis zum staatlichen Eigentum** günstigere Voraussetzungen für eine direkte und umfassende Beteiligung der Beschäftigten an der Beratung und Entscheidung grundlegender Fragen der Entwicklung von Produktion, Innovationen und Investitionen, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der Verteilung der erwirtschafteten Überschüsse des Betriebs bzw. Unternehmens. Damit enthält diese Eigentumsform auch bessere Voraussetzungen, um die Wirksamkeit der über subjektive Interessen vermittelten Triebkräfte für Produktivität und Effizienz zu erhöhen. Interesse und Motivation der Produzenten für gute ökonomische Ergebnisse können damit insgesamt gestärkt werden. Dieser Zusammenhang ist für eine sozialistische Wirtschaftsordnung besonders wichtig. Aus dem Belegschaftseigentum ergeben sich zwar unmittelbar noch keine positiven Wirkungen auf ökologische Verhaltensweisen. Es bestehen aber entschieden günstigere Voraussetzungen, gemeinsam mit der Öffentlichkeit über Konsequenzen für Produktionsumstellungen und die stärkere Berücksichtigung regionaler Umweltprobleme in transparenten Beratungen ökologisch notwendige Konsequenzen zu ziehen.

Ob und inwieweit die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in Eigentum der Produzentenkollektive ein Hauptweg zur realen Vergesellschaftung sein wird, ist noch eine offene Frage, die auch nach den jugoslawischen Erfahrungen nicht eindeutig positiv beantwortet werden kann. Gruppeneigentum schafft zwar bessere Bedingungen für die unmittelbare Verfügung der Produzenten über die Produktionsmittel und für ihre ökonomische Interessierung an den Resultaten der Wirtschaftstätigkeit, ist aber zugleich auch mit widersprüchlichen Problemen und Konflikten verbunden:

1. Konflikt zwischen den Interessen der Beschäftigten der jeweiligen Unternehmen an kurzfristigen Lohnerhöhungen und den perspektivischen Entwicklungserfordernissen dieser Unternehmen, die insbesondere eine Stärkung der Mittel für Forschung und Entwicklung sowie für zukunftsorientierte Investitionen verlangen, wozu natürlich auch umweltpolitische Investitionen gehören.
2. Mit einer breiten Herausbildung und Existenz von Belegschaftseigentum wird die entscheidende Frage nicht beantwortet, wie die demokratischen Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen, die nicht in den jeweiligen Betrie-

ben arbeiten, von Umwelt-, Verbraucherverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen auf die Entwicklung von insbesondere für die Region wichtigen Unternehmen gesichert werden kann und wie dabei auftretende Interessenkonflikte zu lösen sind. Dies betrifft solche Fragen wie die Umstellungen der Forschung und Produktion in Werken der Automobilproduktion im Interesse nachhaltiger Lösungen für die Mobilität sowie insgesamt Maßnahmen eines langfristigen sozial-ökologischen Umbaus, die auch zum Verlust an Arbeitsplätzen an verschiedenen Standorten führen können.

3. Schließlich geht es auch insgesamt darum, dass zwischen betrieblichen Interessen und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen einerseits und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen andererseits objektive Interessenwidersprüche bestehen, die entsprechende Bewegungs- und Lösungsformen erfordern. Diese Konflikte existieren sowohl bei privaten Unternehmen als auch bei solchen im Belegschaftseigentum.

Hiermit wird ein **Grundproblem sozialistischer Eigentumsverhältnisse berührt, die Herstellung einer optimalen Übereinstimmung zwischen individuellen und kollektiven Interessen auf der einen und den Erfordernissen nach gesamtwirtschaftlicher Proportionalität, Effizienz und Zukunftsfähigkeit auf der anderen Seite**. Diese Notwendigkeit wurde in den 1960er-Jahren von dem sowjetischen Ökonomen Liberman auf die kurze Formel gebracht: Was der Volkswirtschaft nützt, muss auch für den Betrieb von Vorteil sein. Die Herstellung einer solchen Übereinstimmung wird in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft eine ständige Herausforderung bleiben, die immer wieder eine Anpassung an die sich verändernden Verhältnisse erfordert und nie vollständig gelöst sein wird.

Das staatliche Eigentum ist aus sich heraus noch kein vergesellschaftetes Eigentum. Verstaatlichung als solche hat noch wenig mit realer Demokratisierung und realer Vergesellschaftung zu tun. Das hat sich im Realsozialismus gezeigt und wird auch im heutigen Kapitalismus deutlich. Es enthält jedoch Voraussetzungen oder Möglichkeiten, um durch konsequente Demokratisierung, durch die Erhöhung der realen Einfluss- und Verfügungsrechte der Produzenten und der gesamten Bevölkerung zu gesellschaftlichem Eigentum zu werden. Diese Möglichkeiten blieben im Realsozialismus weitgehend ungenutzt. Ihre konsequente Realisierung hätte das Aufgeben des Macht- und Entscheidungsmonopols der Partei bedeutet.

Staatliches Eigentum oder gesamtgesellschaftliches Eigentum bietet bessere Voraussetzungen als Gruppeneigentum, um gesellschaftliche Zielstellungen, wie z. B. notwendige Veränderungen in den Wirtschafts- und insbesondere den Produktionsstrukturen und im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess umzusetzen, die für eine nachhaltige, zukunftsorientierte Entwicklung, vor al-



lem für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, unerlässlich sind. **Ohne gesamtgesellschaftliches Eigentum wird es auch keine wirksame gesamtgesellschaftliche Planung geben.**

Die Frage ist nach meiner Meinung nicht alternativ zu stellen: staatliches **oder** Belegschaftseigentum. Beide haben ihre Existenzberechtigung. Bei einer sozialistischen Transformation geht es darum, nicht bei der Verstaatlichung stehen zu bleiben, sondern diese durch Demokratisierung und tatsächliche Mitbestimmung, d. h. durch reale Vergesellschaftung, zu einer anderen, bisher noch nirgends realisierten Qualität der Verfügung der gesellschaftlichen Produzenten über ihr Eigentum zu entwickeln.

Mit der vereinfachten Auffassung über das Staatseigentum als höchste Eigentumsform war auch das Negieren der langfristigen Existenzberechtigung privater kleiner und mittlerer Unternehmen verbunden. Diese spielten in der DDR als private Unternehmen und vor allem in Form gemischter Eigentumsformen (Betriebe mit staatlicher Beteiligung bzw. halbstaatliche Betriebe) u. a. infolge ihrer gegenüber den volkseigenen Betrieben höheren Flexibilität mehrere Jahre eine positive Rolle. Sie wurden jedoch im Ergebnis einer falschen, schematischen Politik, die auf die möglichst uneingeschränkte Dominanz des staatlichen Eigentums in der Industrie gerichtet war, 1972 in volkseigene Betriebe umgewandelt. Daraus sollte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass KMU und haltstaatliche bzw. gemischt staatlich-private Betriebe in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen sollten.

Die Betriebe wurden in der DDR danach bewertet, wie sie die von oben vorgegeben Planaufgaben erfüllten. Hiervon hingen die Zuführungen zum Betriebsprämien- und zu den Kultur- und Sozialfonds ab. Die Leiter und die Betriebskollektive waren vor allem an Planaufgaben interessiert, die sie sicher erfüllen konnten. Ihre Anstrengungen richteten sich daher mehr auf die Zuteilung möglichst umfangreicher Ressourcen für die Erfüllung der Pläne (Arbeitskräfte, Produktionsausrüstungen, Material) und weniger auf hohe Effizienz und Innovationen. Insgesamt gelang es nicht, das Interessengeflecht zwischen gesamtgesellschaftlichen, Gruppen- oder kollektiven (Betriebe, Regionen) und individuellen Interessen wirksam, geschweige denn optimal zu gestalten. Dies bleibt eins der kompliziertesten Probleme für eine sozialistische Systemalternative, das bisher noch nirgends auf der Welt zufriedenstellend gelöst werden konnte.

Ein weiteres Problem bestand in der unzureichenden Nutzung ökonomischer Mechanismen und Instrumente des Markts und der ihm zugrundeliegenden Ware- und Wertkategorien wie Kosten, Gewinn, Preis, Kredit und Zins für die Verwirklichung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Ziele des Sozialismus. Fragen zur Rolle der Warenproduktion und des Markts im Sozialis-

mus werden noch lange Zeit in der Linken Streitpunkte bleiben, an denen sich die Gemüter erhitzen. Zugespitzt könnte m. E. gesagt werden, **dass ein Sozialismus, der die Nutzung der Kategorien Ware, Wert sowie des Markts negiert, kaum dauerhaft existenzfähig sein wird.** Dies gilt zumindest für die gegenwärtig absehbare Zeit. Aus den Erfahrungen, sowohl aus positiven Ergebnissen als auch aus Misserfolgen und Fehlentwicklungen, gilt es zu lernen, um den jeweiligen konkreten Bedingungen entsprechende Lösungen anzustreben.

Die Problematik einer dem Sozialismus entsprechenden Verbindung zwischen Marktregulierung und gesellschaftlicher Regulierung ergibt sich vor allem daraus, dass es um zwei qualitativ unterschiedliche Regulationsweisen geht: Einerseits eine Marktregulierung, die sich spontan, gewissermaßen automatisch und häufig hinter dem Rücken der Akteure vollzieht; andererseits eine gesellschaftliche Regulierung, die **bewusste Handlungen** zur Umsetzung gesellschaftlicher – ökonomischer, sozialer, ökologischer – Erfordernisse verlangt, um eine sozial-ökologisch nachhaltige und zugleich innovative und effiziente Entwicklung zu erreichen.

Aus den grundlegenden Defiziten und Mängeln des Staatssozialismus sowie auch aus den unvollendeten und frühzeitig abgebrochenen Reformansätzen ergeben sich Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse in einer zukünftigen sozialistischen Systemalternative. Zu den Erfahrungen des Realsozialismus gehört auch, dass es zur Lösung dieser Probleme weder fertige noch widerspruchsfreie Lösungen geben wird. Erkenntnis- und Lösungsfortschritte wird es nur geben auf der Grundlage einer ständigen kritischen Auswertung der Ergebnisse sozialistischer Transformationsprozesse, der eigenen und auch der anderer Länder, in einem offenen, transparenten, selbstkritische Reflexionen einschließenden Diskussionsprozess.

Es kann die Gewinnung von Menschen für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert und überhaupt die Diskussion um eine Systemalternative zum Kapitalismus fördern, wenn versucht wird, die Grundzüge einer zukünftigen sozialistischen Eigentumsordnung, darunter auch die grundlegenden Unterschiede zum Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts, zu skizzieren. In diesem Sinne wäre es auch wenig sinnvoll, heute einen Eigentumsmix für eine zukünftige sozialistische Gesellschaft zu bestimmen. Aber es könnte durchaus förderlich sein, hierzu Überlegungen anzustellen, insbesondere zu den Kriterien, die der Bewertung verschiedener Eigentumsformen zugrunde gelegt werden sollten.

Bei der Analyse der Einflüsse, die das jeweilige Eigentum an den Produktionsmitteln auf die Art und Weise der Produktion und Reproduktion, auf ihren Verlauf sowie auf die Ergebnisse und deren Aneignung ausübt, sollte von folgenden Kriterien zur Beurteilung der Wirksamkeit der grundlegenden Eigen-

tumsverhältnisse und der verschiedenen Eigentumsformen im Reproduktionsprozess: ausgegangen werden:

1. Welche Triebkräfte sind in ihnen wirksam, und wie muss die Intensität der Triebkraftwirkungen bewertet werden?
2. In welchem Ausmaß und in welcher Art und Weise beeinflussen die Bedürfnisse und die Interessen der Menschen die Arbeit, die Produktionsergebnisse und ihre Verteilung?
3. Wie werden Innovationen und Effizienz stimuliert?
4. Inwieweit gelingt es auf ihrer Grundlage, den Erfordernissen einer sozial-ökologisch nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung gerecht zu werden?
5. Welche Möglichkeiten der Partizipation und der realen demokratischer Einflussnahme auf die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft bestehen?

Die Auswertung bisheriger Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus in Europa, der Entwicklung in China, Vietnam und Kuba und in mehreren lateinamerikanischen Ländern lässt bestimmte Schlussfolgerungen zu, die in Diskussionen um eine sozialistische Eigentumspolitik u. a. zur stärkeren Beachtung von Umwelterfordernissen, zu berücksichtigen sind. Hier sollen insbesondere folgende zwei Schlussfolgerungen hervorgehoben werden:

1. **Es gibt nicht die ideale Eigentumsform, die geeignet ist, allen genannten Kriterien optimal zu entsprechen.**

Jede Form des Gemeineigentums – staatliches, kommunales, Belegschafts-, genossenschaftliches sowie andere Formen gemeinschaftlichen und solidarischen Eigentums – weist einen ganz spezifischen Zusammenhang zu den oben genannten Kriterien auf und wirkt daher auch in unterschiedlicher Art und Weise sowie Intensität auf deren Realisierung. Diese Differenziertheit gilt auch für die verschiedenen Formen des Privateigentums sowie gemischter öffentlich-privater Eigentumsformen. Die verschiedenen Eigentumsformen müssten daher auch danach analysiert und bewertet werden, welche potenziellen positiven, fördernden bzw. negativen, hemmenden Wirkungen ihnen innewohnen, und was getan werden muss, um die positiven Wirkungen der jeweiligen Eigentumsform zu stärken und ihre negativen zurückzudrängen. Entscheidend ist die Frage: **Wie tragen sie dazu bei, die grundlegende humanistische Forderung zu verwirklichen, dass der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Interessen im Zentrum der Wirtschaft stehen muss, d. h. dass die Wirtschaft dem Menschen dient und nicht umgekehrt, sowie wie fördern sie das Anliegen, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die von vorneherein die Umwelterfordernisse berücksichtigt, durchzusetzen.**

Eine wichtige Rolle beim sozialökologischen Umbau können kommunales Eigentum und Eigentumsformen einer solidarischen Ökonomie spielen, die zur Förderung regionaler Wirtschaft, z. B. durch Kapazitäten für erneuerbare Energie, und zur Einschränkung überregionaler Transporte beitragen.

In einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts sollten die verschiedensten Eigentumsformen einschließlich des privaten Eigentums eine langfristig gesicherte Existenzberechtigung haben. Sie werden jeweils bestimmte Funktionen erfüllen. In diesem Sinne sollte sich eine sozialistische Eigentumskonzeption durch **Eigentumspluralismus** auszeichnen.

Unter den Bedingungen der Dominanz des öffentlichen oder gesellschaftlichen Eigentums kann die Existenz des Privateigentums, auch des kapitalistischen Eigentums, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmer, dazu beitragen, die im Unternehmertum steckenden Potenzen für Innovationen, Effizienz und flexibles Reagieren im Interesse der Gemeinschaft zu nutzen. Die auf der Grundlage des öffentlichen Eigentums mögliche gesellschaftliche Regulierung schafft Voraussetzungen, um auch kapitalistische Eigentümer in eine gesamtgesellschaftlich geplante Entwicklung einzubeziehen und ihre Potenziale für Aufgaben einer gerechten, solidarischen, umweltfreundlichen Entwicklung in einer sozialistischen Gesellschaft zu nutzen.

2. **Die konkrete Ausgestaltung und die Wirkungen der verschiedenen Eigentumsformen sind im Rahmen eines bestimmten Spektrums veränderbar und beeinflussbar.** Dies gilt sowohl für den Kapitalismus als auch für den Sozialismus.

In einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft ist die Demokratisierung des öffentlichen Eigentums, die Stärkung der demokratischen Einflussnahme und der Gestaltungsmöglichkeiten der Belegschaften, der Regionen und der zivilgesellschaftlichen Bewegungen eine ständige Aufgabe und Herausforderung, um eine reale Vergesellschaftung des Eigentums zu gewährleisten.

Die Pluralität der verschiedenen Eigentumsformen sollte nicht nur durch Vielfalt gekennzeichnet sein, sondern auch durch eine weitgehende Übereinstimmung der konkreten Eigentumsformen mit den jeweiligen differenzierten Produktions- und Reproduktionsbedingungen, so dass insgesamt die oben genannten Kriterien so weit wie möglich realisiert werden können. Dabei bleibt die Weiterentwicklung der Eigentumsstrukturen und insbesondere der realen, demokratischen Verfügung der Produzentinnen und Produzenten sowie der Bürgerinnen und Bürger über das Eigentum zur Erfüllung sozialer und ökologischer Zielstellungen eine ständige Aufgabe.

Für die Durchsetzung des notwendigen Paradigmenwechsels zu einer sozial-ökologisch nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung spielt die Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums eine entscheidende Rolle. Sie ist eine notwendige Bedingung, um den sozialökologischen Umbau als Kern dieses Paradigmenwechsels in Übereinstimmung mit den Zukunftsinteressen der Menschen mit Hilfe einer umfassenden gesellschaftlichen Regulierung zu erreichen. Die Defizite und Schwächen der Umweltpolitik in den Ländern des Realsozialismus haben aber auch deutlich gezeigt, dass es sich hierbei nur um objektive Voraussetzungen, aber noch lange nicht um die Realität handelt. Die positiven Wirkungen treten nicht allein durch die Dominanz öffentlichen Eigentums, gewissermaßen im Selbstlauf, ein. In der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, die auf ein gutes Leben der Menschen gerichtet ist, müssen die sozialistischen Eigentumsverhältnisse ihre Überlegenheit über kapitalistische noch nachweisen.

Eine stärkere Einflussnahme auf die Art der Verfügung über das Eigentum verlangt, sich intensiver damit zu befassen, wie die Menschen in Übereinstimmung mit den neuen Herausforderungen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit voraussichtlich künftig arbeiten und leben werden, denn hierfür werden jetzt und in der nächsten Zukunft die Weichen gestellt. So gibt es auch enge Zusammenhänge zwischen den Konflikten und Krisen im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus und den zukünftigen Lebenschancen in einer sozialistischen Gesellschaft.

Im Grundgesetz steht der oft zitierte Satz „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ (Grundgesetz, Artikel 14) Dies wird in der öffentlichen Meinung als Sozialpflichtigkeit des Eigentums aufgefasst. Diese Interpretation des Satzes im Grundgesetz sollte durch die Forderung nach Umwelt- und Naturpflichtigkeit des Eigentums ergänzt werden. Auch dafür gilt es konkrete Forderungen und Kriterien abzuleiten, die in den verschiedenen Bereichen der Produktion und Reproduktion je nach deren Bedeutung für den sozial-ökologischen Umbau einen spezifischen Inhalt erhalten müssten.

#### **6.4. Rolle der Planung in einer auf soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und Nachhaltigkeit gerichteten, alternativen Wirtschaftsordnung**

Das in der Sowjetunion angewandte Planungsmodell wurde in seinen Grundstrukturen und seiner Funktionsweise nach der Zerschlagung des Faschismus auf alle europäischen Länder, die zum sozialistischen Lager gehörten, übertragen.

Konnte dieses Modell und die praktizierte zentralistische Staatsplanung die Grundlage bilden für die Herausbildung einer solidarischen, nachhaltigen Ökonomie sowie insgesamt für eine emanzipative, demokratische moderne sozialistische Gesellschaft? Das praktizierte Planungsmodell wies grundlegende Defizite auf, wodurch Fehlentwicklungen und Blockaden in der Gesellschaft, insbesondere in der Ökonomie hervorgerufen wurden. Diese zeigten sich vor allem darin, dass es nicht oder nur völlig ungenügend gelang, folgende grundlegende Aufgaben einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft zu erfüllen:

1. eine gesellschaftliche und dabei speziell wirtschaftliche Entwicklung unter **bewusster und demokratischer Mitwirkung** der ProduzentInnen und aller BürgerInnen im Interesse ihrer Bedürfnisbefriedigung und ihrer freien Entwicklung zu erreichen;
2. eine **hohe Rationalität, Produktivität und Effizienz der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion zu realisieren**;
3. die **notwendigen Schritte in Richtung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung** durch Veränderungen im System der Produktivkräfte sowie der gesamten Produktions- und Lebensweise zu gehen oder zumindest einzuleiten.

Die Verfügung über die Ressourcen, vor allem Entscheidungen über den Einsatz und die Nutzung der für die Menschen, für ihr Leben und ihre Arbeit wichtigsten Ressourcen, waren der demokratischen Mitwirkung und gesellschaftlichen Kontrolle weitgehend entzogen. Die auf dem sowjetischen Modell beruhende Planwirtschaft, eine umfassend zentralistische, administrative, nicht demokratischen Staatsplanung, die den Werktätigen und den Unternehmen wenig Spielraum für eigenständiges Handeln gab, kann nicht Grundlage für die Herausbildung einer gegenüber dem Kapitalismus überlegenen Regulierung sowie Produktions- und Lebensweise sein.

Die Planung war jedoch auch damit verbunden, dass es gelang, die ökonomischen Grundlagen für die Existenz und Entwicklung des Realsozialismus – in der Sowjetunion über 70 Jahre, in den anderen realsozialistischen Ländern Europas über 40 Jahre – herauszubilden und zu reproduzieren. Durch den konzentrierten Einsatz aller Ressourcen einschließlich der Mobilisierung der notwendigen Akkumulationsmittel mit Hilfe der staatlichen Planung war es möglich, die Entwicklung von rückständigen Agrarländern zu Staaten mit einer starken industriellen Basis in einer historisch kurzen Frist zu vollziehen bzw. in der DDR die tiefgreifenden Disproportionen zu überwinden, die durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufen wurden.

Es gab eine große Kluft zwischen den Potenzialen und Möglichkeiten einer effizienten planmäßigen Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung auf der einen

und der real praktizierten zentralistischen, staatlichen Planung auf der anderen Seite. Daraus ergeben sich zumindest zwei Schlussfolgerungen. Erstens: Eine demokratische, effiziente Planung als die der vergesellschafteten Produktion entsprechenden Art und Weise der Regulierung enthält bedeutende, bisher weitgehend ungenutzte Potenziale für eine gegenüber dem Kapitalismus alternative, von den Interessen der Menschen und den Herausforderungen der Zukunft ausgehende, gesamtwirtschaftlich nachhaltige und effiziente Entwicklung. Zweitens: Um diese Potenziale in einem zukünftigen modernen, emanzipativen, demokratischen Sozialismus zu erschließen, ist es unerlässlich, die differenzierten, widersprüchlichen Erfahrungen sozialistischer Planung, zu denen auch viele aufhebenswerte Erfahrungen gehören, gründlich auszuwerten. Die Ambivalenz der staatssozialistischen Planung zeigte sich auch darin, dass bestimmte rationelle, erhaltenswerte und weiterzuentwickelnde Methoden und Instrumente infolge der real vorhandenen Defizite und Schwächen ihr fortschrittliches Potenzial nicht oder nur ungenügend entfalten konnten.

In der zentralistischen Staatsplanung widerspiegelten sich folgende strukturellen Defizite und ungelösten Probleme des Realsozialismus:

- **Subjektivismus in vielen Entscheidungen**, die ihre theoretische Begründung im geforderten Primat der Politik vor der Ökonomie hatte. Viele Entscheidungen wurden ohne ausreichende gesamtwirtschaftliche Berechnungen oder auch entgegen dieser getroffen. Das Politbüro der SED korrigierte nicht selten die Plankonzepte der Plankommission, weil sie nicht ausreichend mit den politischen Erfordernissen übereinstimmten, legte höhere Planziele fest, ohne dass diese materiell gesichert waren.

Solche Erfahrungen fanden oft in sarkastischen Aussprüchen oder Witzen ihren Ausdruck wie z. B.: „Wir kennen zwar den Plan nicht, aber wir bringen das Doppelte.“ oder „Wer schon die Übersicht verloren hat, sollte wenigstens den Mut zur Entscheidung haben.“

- **Übermäßige Zentralisierung von Einzelprozessen**, wodurch die Interessen der Wirtschaftssubjekte unzureichend beachtet wurden und die Widersprüche zwischen gesellschaftlichen und betrieblichen Interessen verschärft wurden.
- Es gab **keine demokratischen, offenen und kritischen Auseinandersetzungen über wirtschafts- und sozialpolitische Grundfragen**.
- Der Plan wurde als Gesetz und damit auch als wichtigster Maßstab zur Beurteilung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit angesehen. Davon abgeleitet war die Planerfüllung auch Grundlage für die Prämienhöhe. Daraus erwuchs der **nie gelöste Widerspruch zwischen dem Interesse**

**der Gesellschaft/des Staates an hohen, die Reserven nutzenden Planvorschlägen der Betriebe und Kombinate auf der einen und deren Interesse an sicher zu erfüllenden bzw. zu überbietenden, weichen Plänen auf der anderen Seite.**

- Bei den Beratungen der Planvorschläge zwischen Vertretern der verschiedenen Ebenen handelte es sich **nicht um eine Diskussion gleichberechtigter Partner. Die Entscheidungsmacht war ungleich verteilt.** Sie lag bei den jeweils übergeordneten Instanzen.
- Ein **Grundproblem der staatlichen Planung** bestand darin, dass es nicht gelang, die **ökonomischen Interessen der Wirtschaftssubjekte so zu berücksichtigen**, dass sie als eine starke Triebkraft für die Realisierung der Produktivitäts- und Effizienzreserven wirksam wurden sowie zugleich auf die Erfüllung gesellschaftlicher Erfordernisse gerichtet waren.

Diese Problematik konnte weder in der DDR noch in anderen Ländern des Realsozialismus, auch nicht in dem jugoslawischen Modell des Gruppeneigentums, befriedigend gelöst werden. Es gelang nicht, die vorrangige Orientierung auf das quantitative Wachstum der Produktion zu überwinden. Versuche zur Zeit des neuen ökonomischen Systems in der DDR in den 60er Jahren, dem Gewinn und der Verbesserung der Effizienz des Reproduktionsprozesses einen zentralen Platz zu geben, wurden abgebrochen.

Charakteristisch für die kritische Beurteilung der Situation ist folgendes Beispiel für einen satirischen Aufruf: „Spare mit jedem Pfennig, mit jedem Gramm, mit jeder Minute. Egal was es kostet.“ Hier sei eingeflochten, dass sich gerade in den Witzen zeigt, dass den meisten Menschen und auch vielen Mitarbeitern des Staats- und Parteiapparats die Schwächen der praktizierten Planung bewusst waren.

- Ein weiterer Mangel der praktizierten Planung bestand in der **unzureichenden Flexibilität der Pläne und dadurch in der zu geringen Reaktionsfähigkeit der Wirtschaft**, die sich darin äußerten, dass Innovationen meist mit beträchtlichen Verzögerungen eingeführt wurden und veränderte Bedarfswünsche der Bevölkerung und der Auslandsmärkte nicht im erforderlichen Tempo zu Veränderungen in der Produktion führten.
- Infolge der angespannten Pläne sowie veränderter Erfordernisse im Verlaufe der Plandurchführung **traten regelmäßig Störungen und Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen sowie der Betriebe mit Materialien, Zulieferungen und Ausrüstungen**, mit einem Wort die viel diskutierten Probleme und Tendenzen einer Mangelwirtschaft, auf. Zur operativen Lösung dieser



Probleme gab es in der Plankommission und auch beim Ministerrat spezielle Gruppen zur Entscheidung operativer Versorgungsfragen; die wöchentlich tagen mussten. Da diese Gremien natürlich nicht selbst das Aufkommen erhöhen konnten und meist die verfügbaren Reserven zu gering waren, führte das Stopfen von Löchern an einer Stelle häufig dazu, dass neue an anderen Stellen, manchmal noch größere, aufgerissen wurden.

Es ist wichtig, die Diskussionen über eine gesellschaftliche Regulierung/Planung in einer sozialistischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts unter Auswertung der Planungserfahrungen im Realsozialismus zu führen. Ich gehe dabei davon aus, dass die Planung im Realsozialismus viele wertvolle, aufhebenswerte Elemente enthält, die für die Diskussionen um die Gestalt einer sozialistischen Systemalternative nützlich sein können. Die Defizite der zentralistischen Planwirtschaft lagen m. E. weniger darin, dass die Konstruktion und Methodik der Planung von vornherein umfassend falsch war, sondern vielmehr darin, **dass ihre rationalen und positiven Elemente in der Praxis so angewendet wurden, dass ihre Möglichkeiten oder Potenziale nicht oder nur ungenügend und verzerrt wirksam wurden.**

Zwei weitere systemische Fehler der zentralistischen staatlichen Planung sollten besonders beachtet werden, wenn über Zukunftsvorstellungen für eine alternative sozialistische Gesellschaft nachgedacht wird. Einmal die übermäßige Zentralisierung, die den Wirtschaftseinheiten, den Unternehmen und insgesamt den Produzenten nicht den nötigen Spielraum für die Entfaltung ihrer kreativen Potenziale, ihrer Initiativen und ihrer Innovativität gab. Dies führte auch zu einer fehlenden oder nur geringen Identifikation der Produzenten mit den von ihnen zu erfüllenden Planaufgaben. Der Versuch, möglichst alle Bereiche und alle Tätigkeiten in einen umfassenden Gesamtplan zu pressen, musste zu Blockierungen und Verlusten führen. Zum anderen die unzureichende Verbindung der Planung mit den regulierenden Wirkungen des Markts, mit seinen Kategorien und Mechanismen.

Auf Grundlage der hier knapp charakterisierten wesentlichen Schwächen der Planung können auch ihre Grenzen besser bestimmt werden. Sie können weder die Initiative und Kreativität der Menschen, der Individuen und der Kollektive, die in den verschiedenen Unternehmen, Betrieben, Institutionen arbeiten, noch die Bewertungs- und Regulierungsfunktionen des Markts in einer Gesellschaft, die auf Arbeitsteilung und Austausch beruht, ersetzen. Allein durch das Vermeiden bzw. die Überwindung dieser Schwächen können jedoch die vorhandenen Grenzen in der Wirksamkeit der Planung für die Erfüllung der Aufgaben einer nachhaltigen Entwicklung nicht aufgehoben werden.

Die Planung kann ihre Potenziale zur Lösung der Umweltprobleme nur dann entfalten, wenn sie mit der Aufklärung der Menschen über die Gefahren und Risiken der Umweltkrise und den Anforderungen an ein umweltbewusstes

Handeln der Menschen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in der Produktion und in der Konsumtion verbunden wird. Die Planung kann jedoch nicht die Nutzung der Funktionen des Markts ersetzen. Die nationalstaatliche Planung muss mit einer zwischenstaatlichen Koordinierung der umweltpolitischen Aktivitäten im zwischenstaatlich-regionalen (wie EU) und globalen Maßstab verflochten werden.

Eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass die Möglichkeiten der Planung für eine nachhaltige, zukunftsfähige ökonomische Entwicklung eingesetzt werden, besteht darin, dass die Zielstellungen hierfür in der notwendigen Komplexität und unter Berücksichtigung der entscheidenden Abhängigkeitsverhältnisse sowie die zu gehenden Schritte realistisch und im Ergebnis einer demokratischen, transparenten Erörterung bestimmt werden.

Es ist ein wichtiger Vorteil der Planung, dass die für die Erreichung der Zielstellungen notwendigen Mittel konzentriert und koordiniert eingesetzt werden können. Die Planung erleichtert, die für die Bekämpfung der Umweltkrise notwendigen Veränderungen der Strukturen der Produktion und Konsumtion durchzusetzen. Auf Grundlage der Planung ist es besser möglich, die Erfordernisse einer zukunftsorientierten Strukturpolitik, darunter vor allem den Einsatz der Investitionen in Übereinstimmung mit langfristigen Investitionsprogrammen (z. B. Umstellung der Autoproduktion, Förderung des Schienenverkehrs, Energiewende, Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge) zielgerichtet umzusetzen. Mit Hilfe der Planung könnten auch die mit einem Wachstumsverzicht oder einer Schrumpfung der Wirtschaftsleistung verbundenen Konsequenzen für Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit sowie die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte effektiver und zuverlässiger erreicht werden. Schließlich können die erkannten Umwelterfordernisse, z. B. Ausmaß der notwendigen Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in einer bestimmten Zeitspanne, Begrenzung des Temperaturanstiegs, gestützt auf einen starken Sektor des Gemeineigentums, auch wirkungsvoller, mit weniger Hemmnissen und Blockaden, durchgesetzt werden.

Es gilt jedoch auch, die Grenzen der Planung realistisch einzuschätzen. Hierzu hat Franziska Wiethold einige interessante Gedanken unterbreitet, die in die weitere Erörterung dieser Probleme einbezogen werden sollten.<sup>7</sup>

„Die Planbarkeit komplexer ökonomischer Prozesse wird häufig überschätzt ... denn planbar sind Prozesse am ehesten, wenn sie sich wiederholen. Künftige Entwicklungen und das Verhältnis von Ursache und Wirkung – also den ökonomischen Folgen politischer Eingriffe – können dann vorweggenommen und geplant werden, wenn die vergangenen Bedingungen in der Zukunft

---

<sup>7</sup> Vgl. Wiethold, Franziska (2011): Anmerkungen zum Thema Wirtschaftsdemokratie – Wer definiert gesellschaftliche Interessen und wie organisiert man sie? [www.betriebundgewerkschaft-niedersachsen.de](http://www.betriebundgewerkschaft-niedersachsen.de) (2011-02).

weitgehend gleich bleiben. ... Wenn sich aber die Umfeldbedingungen verändern (und auch für eine solidarische Gesellschaft sind Dynamik und Innovation unerlässlich), wird es schwieriger. Diese Erkenntnis gestehen sich Politiker jedweder Couleur schwer ein, weil sie sich dann entgegen auch technokratischer Machbarkeitseuphorien die Grenzen ihrer Macht, ihrer Gestaltungsmöglichkeiten eingestehen müssen. ... Wirtschaftsdemokratie muss im Sinne einer Selbstbescheidung die Grenzen von Planbarkeit definieren. Wir müssen den Mut haben, bei der Umsetzung unserer politischen Ziele die eingesetzten Mittel auf ihre Folgen hin immer wieder kritisch zu hinterfragen, weil es häufig keine vorhersehbaren und deshalb planbaren Ursache-Wirkungs-Ketten gibt. Prozesse überbetrieblicher Planung müssen deshalb so offen gestaltet werden, dass sie immer wieder überprüfbar und korrigierbar sind. Auch das erfordert einen offen demokratischen Prozess, in dem man Macht- und Entscheidungsebenen nicht hierarchisch oder einheitlich konstruiert, sondern unterschiedliche Handlungslogiken (dezentrale, marktformige und zentrale) und Gegengewichte bei der Definition von gesellschaftlichen Interessen usw. einbaut, indem man mit Prozessen gesellschaftlicher Planung insgesamt selbstreflexiv und selbstkritisch umgeht und die Möglichkeit der Korrektur in den Prozess selber schon einbezieht, um Verselbstständigungstendenzen zu verhindern. Sie müssen Raum für Neues schaffen, das – weil es neu ist – nicht planbar ist, sich aber je nach vorhandenen Möglichkeitsräumen (und die sind planbar) unterschiedlich gut oder schlecht entfalten kann.“

Die hier aufgeworfene Problematik der Grenzen und spezifischen Möglichkeiten der Planung sind m. E. gerade für die Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblematik zutreffend und relevant. Sehr deutlich zeigt sich dies z. B. am sogenannten Reboundeffekt, der die direkten Einsparungen durch Effizienzsteigerung zu einem bestimmten Grad wieder infolge der dadurch induzierten Mehrverbräuche aufhebt, in den wenigsten Fällen sich aber mit hinreichender Genauigkeit im komplexen System Wirtschaft vorhersagen lässt.

Abschließend einige Schlussfolgerungen für die Wirtschaftsplanung/Regulierung in einem demokratischen, modernen Sozialismus des 21. Jahrhunderts:

- Sie sollte vor allem als eine makroökonomische Rahmenplanung und als komplexe Planung wichtiger Struktur- und Innovationsprozesse zur Erfüllung sozialer und ökologischer Ziele und nicht als verbindliche Festlegung von Einzelprozessen und detaillierten Produktionsaufgaben der Wirtschaftseinheiten realisiert werden. Dies schließt die Konsequenz ein, das Ausmaß zentraler Planung im Vergleich zur Praxis in den staatssozialistischen Ländern radikal zu verringern.

- Demokratisierung und Transparenz von Entscheidungsprozessen, eine wirksame Produzentendemokratie sind unverzichtbar für die Wirtschaftsplanung in einem demokratischen Sozialismus. Die Befreiung volkswirtschaftlicher Entscheidungen von Subjektivismus setzt voraus, sie stärker durch aussagefähige gesamtwirtschaftliche Rechnungen zu untersetzen.
- Die Planung muss darauf gerichtet werden, die makroökonomischen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Wirtschaftseinheiten so zu qualifizieren, dass die Betriebe einen größeren Spielraum für die Gestaltung ihres Reproduktionsprozesses und für unternehmerisches Handeln erhalten, und es in ihrem Interesse liegt, einen optimalen Beitrag für die Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Zielstellungen und zur Einhaltung der Kriterien sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu leisten.
- Die Wirtschaftsplanung sollte die realen Waren- und Wertkategorien konsequent nutzen. Damit würde auch das Mehrprodukt/der Gewinn die realen Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit besser widerspiegeln. Die Verwendung des Mehrprodukts muss sichern, dass durch Umverteilung die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben erfüllt werden. Zugleich gilt es, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Betrieben ermöglichen, über einen größeren Teil des Mehrprodukts zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu verfügen, d. h. über dessen Einsatz eigenverantwortlich zu entscheiden.
- Ein leistungsfähiges und transparentes Informationssystem müsste so gestaltet werden, dass die für ein richtiges und rasches Reagieren auf veränderte Bedingungen und neue Erfordernisse notwendigen Informationen rechtzeitig und in einer hohen Qualität zur Verfügung stehen sowie mit Hilfe einer leistungsfähigen Informationstechnik zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum Treffen von Entscheidungen verarbeitet werden können.

Umfang und Inhalt der Kennziffern und Bilanzen sowie die Aufgaben der verschiedenen Ebenen im Planungsprozess müssten in ständiger Auswertung praktischer Erfahrungen und Ergebnisse geprüft, korrigiert und weiterentwickelt werden. Die Offenheit der Planungs- und Regulierungsweise für neue Erfahrungen und Erkenntnisse entscheidet in hohem Grade über seinen Wert und Nutzen.

**In einer zukünftigen Planung müssen die veränderten Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert eine gebührende Beachtung finden.** Das bedeutet vor allem:

- Konsequenzen, die sich aus der Zuspitzung der Umweltprobleme, insbesondere der Ressourcenknappheit und den Gefahren einer Klimakatastro-

phe, ergeben, um die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft zu sichern. Diese verlangen ein neues Herangehen an alle Fragen der ökonomischen und sozialen Entwicklung und damit auch an ihre gesellschaftliche Regulierung bzw. Planung. Zwei Erfordernisse sind hier hervorzuheben: Einmal die Neubestimmung der Fortschrittskriterien für die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz, zum anderen ein radikal verändertes, neues Herangehen an Fragen des Wirtschaftswachstums und der weiteren Entwicklung der Lebensweise der Menschen.

- Konsequenzen für die internationale und globale Regulierung von Problemen, für die nationale Lösungsanstrengungen und Beiträge zwar unverzichtbar, aber auch eindeutig unzureichend sind. Sie sind vor allem eine Folge der schon erwähnten drohenden Klimaveränderungen und der sich zuspitzenden Ressourcenknappheit im Zusammenhang mit der zunehmenden Nord-Süd-Kluft und der Ungleichheit in der Verteilung der Chancen zur Nutzung dieser knappen Ressourcen. Notwendig ist nicht nur eine stärkere Wirksamkeit internationaler Regulierungen, sondern auch eine durchgreifende Demokratisierung und eine wirkliche demokratische Legitimierung der internationalen Institutionen als UN-Institutionen. Ebenso wichtig sind ihre stärkere Orientierung auf die Unterstützung der Länder der Dritten Welt bei der Überwindung ökonomischer Rückstände und für das Erreichen von Bedingungen für ein Leben frei von Armut und Hunger.
- Konsequenzen, die notwendig sind, um der unkontrollierten Dominanz der internationalen Finanzmärkte, der Deregulierung internationaler Finanz- und Kapitalströme und der Eskalation von Finanzspekulationen mit ihren verheerenden Folgen entgegenzuwirken.

Vor allem diese letzte Gruppe notwendiger Konsequenzen macht deutlich, dass mit einer Alternative zur gegenwärtigen Deregulierung finanzieller Beziehungen, zur Spekulation und Loslösung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft nicht gewartet werden darf, bis eine sozialistische Regulierung im nationalen und weltwirtschaftlichen Rahmen möglich wird, sondern dass die Auseinandersetzungen hierzu heute geführt werden müssen.

Hieran wird auch deutlich, dass die Frage nicht steht: Alternativen heute, im kapitalistischen System oder erst in einer sozialistischen Gesellschaft, sondern vielmehr: **Heute um Alternativen kämpfen, um damit sowohl die Verhältnisse der Menschen heute und morgen zu verbessern, den Menschen eine lebenswerte Perspektive zu geben, aber auch und zugleich, um dadurch überhaupt die Chancen für eine sozialistische Alternative zu erhalten und zu nutzen.**

## 7. Konferenzauswertung

*Götz Brandt, Manfred Wolf*

*(Erstveröffentlichung unter dem Titel „Schrumpfungskonferenz der Ökologischen Plattform“ in „Tarantel“ Nr. 52, Heft I(März)/2011, S. 1)*

Die Ökologische Plattform hatte zum 12.3.11 zu einer Konferenz zum Thema: „Nachhaltige Schrumpfung der Wirtschaft bei einem sozial-ökologischen Umbau der Eigentumsverhältnisse und Produktivkräfte“ geladen.

Die Absicht bestand nicht darin, eine weitere Konferenz mit dem Ergebnis durchzuführen, dass es mit dem Wachstum so nicht weitergehen kann. Es sollte vielmehr versucht werden, Anregungen dafür zu geben und zu erhalten, wie der globale Verbrauch von Ressourcen und Energie kontinuierlich und merkbar reduziert werden kann. Das wäre sicher der wesentliche Inhalt einer Schrumpfungspolitik. Dass sie unbedingt erforderlich ist, ergibt sich allein aus der Tatsache, dass unsere Erde mit ihrer Kapazität, menschengemachte Umweltschäden zu verarbeiten, schon heute überfordert ist und dass die Kraft von drei Planeten gebraucht würde, wollten alle Menschen dieser Erde so leben, wie die in den Industrieländern heute schon leben. Denn jeder zusätzliche Verbrauch von Ressourcen ist mit zusätzlicher Umweltverschmutzung verbunden.

Die Konferenzteilnehmer waren sich darüber einig, dass eine Politik der Wirtschaftsschrumpfung von den Industrieländern auszugehen hat, ihre Ergebnisse hier erbracht werden müssen. Dafür muss vor allem der Gesamtkomplex kapitalistischer Produktivkräfte und gesellschaftlicher Verhältnisse, die in dieser Gesellschaftsordnung gewachsen sind, in Frage gestellt werden, nämlich die Ausbeutung der Natur und anderer Völker und die auf Kriege gerichteten Instrumente dieser Gesellschaft. Diese können nicht die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse einer neuen Gesellschaft sein, die wir anstreben.

Die LINKE muss dabei alle Probleme beachten und Lösungen dafür suchen, die mit der Wachstums-/Schrumpfrage im Zusammenhang stehen. Als Beispiele wollen wir hierfür nur die soziale Frage und die Frage der Arbeitskräfte wie auch die der globalen ökologischen Gerechtigkeit nennen.

Die Ökologische Plattform will versuchen, in den kommenden Monaten mit anderen Interessierten in der LINKEN, besonders mit Ökonomen, solche Themen zu bearbeiten und Politikangebote für die LINKE vorzulegen. Es ist beabsichtigt, eine Broschüre zur Konferenz im Rahmen der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ herauszugeben.

## **8. Anhang: Vorschläge hinsichtlich der ökologischen Aspekte im Programmmentwurf der Partei DIE LINKE**

Anfang 2010 hatte sich eine Gruppe von Genossen der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt – Energie – Verkehr und der Bundesebene der Ökologischen Plattform zusammen mit Genossen der AG Umwelt der Bundestagsfraktion und weiteren ökologisch Interessierten innerhalb der LINKEN zu einer Programmgruppe zusammengefunden, um den Entwurf für ein neues Parteiprogramm der LINKEN hinsichtlich der Aussagen zu ökologischen Fragen zu erörtern und Vorschläge für die Programmredaktionskommission zu erarbeiten.

Ein Zwischenstand der Arbeit wurde in die Beiträge zur Umweltpolitik,, 2/2010, die die Materialien zur Programmkonferenz von BAG Umwelt – Energie – Verkehr und Ökologischer Plattform vom 12. September 2010 enthalten, aufgenommen.

Auch die in dieser Broschüre dokumentierte Konferenz der Ökologischen Plattform vom 12. März 2011 zum Thema einer nachhaltigen Schrumpfung der Wirtschaft beschäftigte sich unmittelbar und mittelbar mit dem Programmmentwurf und schloss den Kreis der Erörterung dieses Papiers.

Zeitnah mit der Konferenz wurden zum 31. März 2011 die gemeinsamen Änderungsvorschläge der Programmgruppe der Ökologischen Plattform, der BAG Umwelt – Energie – Verkehr und der AG Umwelt bei der Bundestagsfraktion an die Mitglieder der Programmredaktionskommission verschickt, unterzeichnet von Wolfgang Methling als Mitglied des Parteivorstands, von Magdalene Gollnow für den Sprecherrat der BAG Umwelt – Energie – Verkehr, von Götz Brandt, der für den Sprecherrat der Ökologischen Plattform unterschrieb, und von Ralph Lenkert in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bundestags.

Als Ergänzung zu den Konferenzmaterialien sollen diese Vorschläge, die die ersten Schritte auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Wende in der Wirtschaftspolitik für die strategische Politik unserer Partei beschreiben sollen, an dieser Stelle als Anhang dokumentiert werden.

Die Tabelle stellt die Änderungsvorschläge für die einzelnen Textstellen dar, an denen die ökologischen Aussagen ergänzt, korrigiert bzw. präzisiert wurden. Danach folgt die Neufassung des Abschnitts zum sozial-ökologischen Umbau, den die Programmgruppe eingereicht hat.

## 8.1. Ökologie im Programmentwurf der Partei DIE LINKE – Vorschläge für Veränderungen

Ökologische Plattform der LINKEN, BAG Umwelt/Energie/Verkehr und Bundestagsfraktion (Beschlossen am 18.3.2011)

(Zusätzlich wurde der Abschnitt „Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft? Sozial-ökologischer Umbau“ vollständig neu entworfen)

Nr.	Fundstelle (bezieht sich auf PDF- Dokument von die-linke.de)	Aussage	Bewertung	Änderungsantrag
1	Präambel, Seite 3 - 4	keine	Die Präambel beginnt unvermittelt mit dem Vorschlag einer Alternative, ohne vorher den Stand der Gesellschaft und Wirtschaft zu charakterisieren, zu dem die Alternative angeboten wird. Es fehlt eine kurze Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen Wirtschafts- und Naturentwicklung. Die Alternative der LINKEN wird erst durch einen solchen Vergleich deutlich. „Demokratischer Sozialismus ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Und wenn der Begriff Ausbeutung fällt, dann muss das nicht nur auf die Arbeitswelt bezogen sein, dann muss es auch auf die Natur bezogen sein. Man darf die Natur nicht in dem Sinne ausbeuten, dass man die Lebensgrundlagen endgültig zerstört.“ (Oskar Lafontaine auf dem Programmkonvent Hannover 2010)	<b><i>Die heutige globalkapitalistische Gesellschaft mit ihrer neoliberalen Ausrichtung hat keine Zukunft. Durch übermäßigen Ressourcenverbrauch, Raubbau und Zerstörung der Natur und den Klimawandel wird die weitere Existenz der Menschheit gefährdet. Nur LINKE bieten dazu eine Alternative: Umbau der Macht- und Eigentumsverhältnisse sowie Wirtschaftsdemokratie. Andere Parteien wollen nur die größten Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaft mildern, am Profitsystem aber nichts ändern. Doch die Voraussetzung für die Lösung der ökologischen Frage ist die Beantwortung der Eigentums- und Machtfragen.</i></b>



2	Präambel, Seite 3, 1. Spalte, 3. Absatz	Wir setzen uns für eine <i>lebenswerte Umwelt</i> ein.	Wir sind Teil der Natur und von ihr abhängig – sie ist unsere Lebensgrundlage und muss deshalb dauerhaft erhalten bleiben.	Wie setzen uns für eine <b>dauerhaft</b> lebenswerte Umwelt ein.
3	Präambel, Seite 3, 2. Spalte, 1. Absatz	<i>Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten.</i>	Die genannten Werte können nur realisiert werden, wenn die Natur erhalten und nicht weiter zerstört wird und der Ressourcenverbrauch eingeschränkt wird.	Als grundlegende Werte müssen aufgenommen werden: <b>Umwelt- und Generationenverantwortung.</b>
4	Präambel, Seite 4, 1. Spalte, 2. Absatz, Sozial-ökologischer Umbau	<i>Wir brauchen reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Energien.</i>	Seit 40 Jahren ist bekannt (Bericht des Clubs of Rome), dass die Grenzen des Wachstums durch die kapitalistische Profitwirtschaft überschritten wurden und der Rohstoffverbrauch und Energieverbrauch in den Industrieländern um 90 % zurückgefahren werden muss. In der Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ist Wirtschaftswachstum mit immer höherem Ressourcenverbrauch ausgeschlossen.	Satz ersetzen durch: <b>Wir brauchen eine bedürfnisgerechte stoff- und energiesparende regulierte Entwicklung. Der sozial-ökologische Umbau muss mit einer anderen Wirtschaftspolitik verbunden werden. Es geht um eine radikale Senkung des Verbrauchs endlicher Ressourcen. Die Belastung der Natur mit den Abfällen der Produktion und der Lebensweise muss minimiert werden.</b>
5	Präambel, Seite 4, 2. Spalte, 1. Absatz	Die LINKE kämpft für ein gerechtes Steuersystem, das Gering- und Mittelverdiener entlastet, Spitzenverdiener stärker belastet und große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und Konzerngewinne deutlich stärker zur Finanzierung	Das Steuersystem muss nicht nur so umgestellt werden, dass Einkommensstarke stärker zur Finanzierung herangezogen werden, sondern auch die Belastung der Umwelt muss finanziell unattraktiv werden.	Die LINKE kämpft für ein gerechtes Steuersystem, das Gering- und Mittelverdiener entlastet, Spitzenverdiener <b>sowie die Umweltbelastung und den Ressourcenverbrauch stärker belastet</b> und große Vermögen, ...

		des Gemeinwesens und zum sozial-ökologischen Umbau heranzieht.		
6	Präambel, Seite 4, 2. Spalte, 4. Absatz	Die LINKE kämpft für eine Erneuerung der Europäischen Union ... für hohe ... europaweite Mindeststandards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens- und Vermögenssteuern ... und eine europäische Wirtschaftsregierung.	Das Steuersystem muss so umgestellt werden, dass auch die Belastung der Umwelt finanziell unattraktiv wird.	Die LINKE kämpft ... für hohe ... europaweite Mindeststandards des sozialen und Umweltschutzes sowie der Unternehmens-, Vermögens- <b>und Umweltsteuern</b> ...
7	Abschnitt II, Die Zentralität der ökologischen Frage, Seite 9 - 10	Es fehlt die Antwort auf die ökologische Frage.	In diesem Abschnitt wird sehr gut die Zentralität der ökologischen Frage dargestellt. Das kann von uns nur unterstützt werden. Aber es fehlen Ausführungen zur „ökologischen Antwort“ auf diese ökologische Frage. Es genügt nicht, die ökologische Frage mit der Systemfrage gleichzustellen.	<b>Die Erkenntnis der Zentralität der ökologischen Frage erfordert das Bekenntnis der ökologischen Antwort. Die ökologische Frage kann letztlich nur gelöst werden, wenn die dafür entscheidenden Politikfelder entsprechend gestaltet werden. Die Verbindung der wesentlichen Politikbereiche mit der politischen Antwort auf die ökologische Frage verfolgt nur die LINKE. Darin besteht ihr politisches Profil:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft vor allem durch Überleitung des Eigentums an Produktionsmitteln in wichtigen Bereichen auf den Staat, die Kommu-</b></li> </ul>

				<p><i>nen, die Genossenschaften und die Belegschaften</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Weitgehende Steuerung und Kontrolle der Produktion und der Investitionen</i></li> <li>• <i>Sozial gerechte Verteilung der Steuern und Einkommen sowie Ausgleich der Belastungen durch den sozialökologischen Umbau</i></li> <li>• <i>Dezentralität und Regionalität der Produktions-, Energie- und Stoffkreisläufe</i></li> <li>• <i>sowie konsequente Friedenspolitik.</i></li> </ul>
8	Abschnitt II, Die Zentralität der ökologischen Frage, Seite 10, 1. Spalte, 3. Absatz	<i>Um den Anstieg der Temperaturen auf der Erde zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler Energie radikal eingeschränkt werden.</i>	Zur Klarstellung sollte hier die wichtige Grenze des Temperaturanstiegs von 1,5 °C eingefügt werden, wie sie auf dem Kongress in Cochabamba gefordert wurde.	Um den Anstieg der <b>Erdtemperaturen um 1,5 Grad Celsius gegenüber 1990</b> zu begrenzen, muss der Verbrauch fossiler <b>Energieträger</b> radikal eingeschränkt werden.
9	Abschnitt II, Imperialismus und Krieg, Seite 10, 2. Spalte, 2. Absatz	Kriege entspringen... . Sie führen zu weiteren militärischen, ethnischen und religiösen Konflikten, dem Zerfall von Staaten, zu <i>Fundamentalismus und Terrorismus.</i>	Umweltzerstörung ist Ursache und Folge von Kriegen und darf an dieser Stelle nicht fehlen.	Sie führen zu ..., zu Fundamentalismus und Terrorismus, <b>sowie Umweltzerstörung. Die ökologischen Folgen von Kriegen gehen weit über den Waffenstillstand hinaus. Diese Umweltzerstörung nimmt den Menschen die Lebensgrundlage über Generationen und Staatsgrenzen hinweg.</b>
10	Abschnitt II, Imperialismus und Krieg, Seite 10,	Deutschland war eine treibende Kraft im Krieg gegen Jugoslawien, ... <i>beteiligt sich</i>	Mittlerweile ist die Bundeswehr weltweit vertreten. Gegen den Staat Afghanistan gibt es keine Kriegserklärung.	Deutschland war eine ...beteiligt sich am Krieg in Afghanistan <b>und setzt auch in anderen Regionen der Welt die Bundeswehr ein.</b>

	2. Spalte, 3. Absatz	<i>am Krieg gegen Afghanistan.</i>		
11	Abschnitt IV, Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Seite 15, 1. Spalte, 4. Absatz	Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. <i>Sie muss für ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum sorgen</i> und ...	Grundsätzlich ist aus Erwägungen der Ressourcenknappheit, des Klimawandels und der Naturzerstörung ein Wirtschaftswachstum abzulehnen. Im Kapitalismus sind eine Steuerung des Wachstums nach sozialen und ökologischen Zielstellungen sowie eine Selektion des Wachstums prinzipiell nicht möglich und gegen die Macht der Konzerne auch nicht durchsetzbar. Der Begriff „Wirtschaftswachstum“ sollte im Programm vermieden werden.	<b><i>In den Industrieländern muss zukünftig auf Wachstum verzichtet werden, welches einen erhöhten Energie- und Stoffverbrauch zur Folge hat. Damit der erreichte Wohlstand erhalten werden kann, müssen alle Produkte und Technologien auf den Prüfstand, um den Material- und Energieeinsatz zu minimieren ohne den erforderlichen Gebrauchswert zu schmälern. Das wird zukünftig eine der Hauptaufgaben deutscher Ingenieurskunst sein müssen und nicht die Bemessung der Produkte und Technologien auf deren Beitrag zur Profiterhöhung. Ziel der LINKEN ist es, den Ressourcen- und Energieverbrauch drastisch zu senken. Dazu muss das Steuer- und Abgabensystem grundsätzlich umgestaltet werden.</i></b>
12	Abschnitt IV, Aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Seite 15, 1. Spalte, 5 Absatz	<i>Das kann und muss durch eine sozial gerechte Steuerpolitik, die Reiche und finanzstarke Unternehmen verstärkt heranzieht, dauerhaft solide finanziert werden.</i>	Das Steuersystem muss nicht nur so umgestellt werden, dass Einkommensstarke stärker zur Finanzierung herangezogen werden, sondern auch der Umweltverbrauch muss finanziell unattraktiv werden.	Das kann und muss durch eine sozial gerechte <b><i>und ökologische Steuerpolitik</i></b> , die Reiche, finanzstarke Unternehmen <b><i>und den Umweltbelastung und den Ressourcenverbrauch</i></b> verstärkt heranzieht, dauerhaft solide finanziert werden.
13	Abschnitt IV, Aktive Wirtschafts- und	Die heutige Renditefixierung ... muss abgelöst werden durch ein	Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit schließen sich aus. Diese Ziele des Wirtschaftens dürfen nicht gemeinsam	... das den Unternehmenserfolg <b><i>insbesondere an der Einsparung von Material und Energie</i></b> , an den gesellschaft-

	Arbeitsmarktpolitik, Seite 15, 2. Spalte, 1. Absatz	Wirtschaften, das den Unternehmenserfolg <i>am langfristigen Wachstum, an den Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.</i>	aufgezählt werden. Auch im Grundsatzzprogramm der CDU von 2007 wird ein „stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ und „ein Streben nach Gewinn“ verlangt. Die LINKE muss sich deutlich von der Kapitalpartei abgrenzen.	lichen Interessen der Beschäftigten sowie der ökologischen Nachhaltigkeit misst.
14	Abschnitt IV, Förderung strukturschwacher Regionen, Seite 16, 1. Spalte, 2. Absatz	Wir wenden uns gegen Wettbewerbsföderalismus, in dem die Länder gegeneinander <i>mit unterschiedlichen Steuern, Standards und Bedingungen</i> im öffentlichen Dienst konkurrieren.	Umweltdumping ist ebenfalls ein Problem.	Wir wenden uns gegen Wettbewerbsföderalismus, in dem die Länder gegeneinander mit unterschiedlichen Steuern, <b>ökologischen Regulierungen</b> , Standards ...
15	Abschnitt IV, Förderung strukturschwacher Regionen, Seite 16, 1. Spalte, 4. Absatz	Erforderlich ist eine verbesserte Zusammenarbeit und Verflechtung von <i>Wachstumszentren</i> und strukturschwachen ländlichen Gebieten.	Wenn wir uns konsequent gegen Wirtschaftswachstum aussprechen, dann darf es auch keine von uns eingerichteten Wachstumszentren geben.	Erforderlich ist eine verbesserte Zusammenarbeit und Verflechtung von <b>Zentren</b> und strukturschwachen ländlichen Gebieten.
16	Abschnitt IV, Wissens- und Kulturgesellschaft, Seite 20, 1. Spalte, 2. Absatz	Bildung, Wissen und Kommunikation sind von zentraler Bedeutung in Wirtschaft und Gesellschaft und <i>in demokratischen Prozessen und Entscheidungen.</i>	Es werden nur die Bereiche Wirtschaft und Gesellschaft genannt und die Basis von Wirtschaft und Gesellschaft, nämlich die Natur, nicht genannt. Das ist ein Bruch zur sonstigen Aussage des Programms.	Bildung, Wissen und Kommunikation sind von zentraler Bedeutung in Wirtschaft, Gesellschaft und in demokratischen Prozessen und Entscheidungen, <b>sowie für das Verständnis für die Umwelt und den Schutz der Natur.</b>

17	Abschnitt IV, Wissens- und Kulturgesellschaft, Seite 20, 1. Spalte, 3. Absatz	Das schließt die Nutzung der Wissenschaft zur Erhaltung und <i>Bewahrung der natürlichen Umwelt ein.</i>	An dieser Stelle sollten wir auf die nicht bekannten und noch nicht erforschten Risiken von Technologien aufmerksam machen.	Dies schließt die Nutzung der Wissenschaft zur Erhaltung und Bewahrung der natürlichen Umwelt <b>sowie die Technikfolgenabschätzung</b> ein.
18	Abschnitt IV, Eine demokratische, friedliche und soziale EU, Seite 22, 2. Spalte, 1. Absatz	Sie muss durch eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für <i>qualitatives Wachstum</i> , Vollbeschäftigung durch gute ...	„Qualitatives Wachstum“ sollte durch „Entwicklung“ ersetzt werden, weil die LINKE kein Wirtschaftswachstum vertreten darf.	Sie muss durch eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für qualitative <b>Entwicklung</b> , Vollbeschäftigung durch gute ...
19	Abschnitt V, Auseinandersetzung mit neoliberaler Ideologie, Seite 24, 1. Spalte, 2. Absatz	Die <i>Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme</i> verstehen wir vor allem ...	Die gegenwärtigen ökologischen Probleme wie Klimawandel, Artensterben und Raubbau an den natürlichen Ressourcen sind auf den (neoliberalen) Kapitalismus zurückzuführen und spitzen sich ebenfalls zu.	Die Zuspitzung der wirtschaftlichen, <b>ökologischen</b> und sozialen Probleme verstehen wir vor allem ...
20	Abschnitt V, Europäische und internationale Zusammenarbeit, Seite 25, 1. Spalte, 1. Absatz	Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der Linken und kann die Kräfteverhältnisse in Richtung <i>eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas</i> verschieben.	Das Europa, das wir anstreben, muss ökologisch sein, und das muss hier deutlich gemacht werden.	Ebenso wie unsere Partei in Deutschland ist sie ein Schritt der Vereinigung der Linken und kann die Kräfteverhältnisse in Richtung eines sozialen, demokratischen, <b>ökologischen</b> und friedlichen Europas verschieben.

## **8.2. Vorschlag für einen Ersatztext für das Kapitel IV.3. des Programm-entwurfs**

*Entworfen von der Programm-AG aus Ökologischer Plattform und BAG Umwelt/Energie/Verkehr (Stand 21.03.2011)*

### **Wie erhalten wir Natur und Gesellschaft?**

#### **Sozial-ökologischer Umbau**

DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer 3 entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an.

Jeder Mensch hat ein universell gleiches Recht auf einen Anteil an dem, was die Erde bietet, und eine universell gleiche Pflicht, seine Lebensgrundlage zu schützen. Die Gleichheit der Nutzungsrechte und die Gleichheit der Schutzpflichten müssen zum Leitbild des globalen Handelns werden. Die Europäische Union und Deutschland müssen international eine Vorreiterrolle einnehmen. Dabei geht es nicht nur darum, die Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungsziele der UNO zur Minderung von Armut, Hunger, Kindersterblichkeit, Analphabetismus, Unterentwicklung und Umweltzerstörung einzuhalten, sondern wegweisend voranzuschreiten. Dazu gehört vor allem der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft. Er ist nicht nur ökologisch geboten, sondern auch eine ethische, soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit. Unsere heutige Produktions- und Konsumtionsweise ist nicht gerechtigkeitsfähig, auch weil sie zu unökologisch ist. Und sie ist nicht ökologiefähig, auch weil sie zu ungerecht ist.

Das inzwischen allgemein akzeptierte Ziel einer deutlichen Reduktion von Stoff- und Energieumsätzen wird nur dann erreicht werden, wenn die Gesellschaft gleichzeitig sozialer, demokratischer und freier wird. Nur so wird die Herausbildung neuer, mit der Umwelt verträglicher Lebensweisen und eines neuen Wohlstandstyps Akzeptanz finden können. Soziale Sicherheit, verlässliche und ausreichende Einkommens- und Berufsperspektiven, ein Weniger an Herrschaft bei der Arbeit und in der Gesellschaft sind die Basis für ein Mehr an zwischenmenschlichen Beziehungen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Muße. Eine glücklichere Gesellschaft, die mit weniger Konsum auskommt, braucht mehr Gleichheit. DIE LINKE will dabei keineswegs bestimmte Lebensweisen vorschreiben, es gibt viele ökologische Lebensstile. Entscheidend ist, dass der ökologische Fußabdruck eines jeden im global zulässigen Rahmen bleibt, also etwa nicht mehr als eine Tonne Kohlenstoffdioxid pro Jahr verursacht. Wie er entsteht, ist der individuellen Freiheit überlassen, aber nicht allein individuelle Aufgabe. Es kommt darauf an die Rahmenbedin-

gungen so zu gestalten, dass ein ressourcenleichtes Leben für alle attraktiv wird.

Zukunftsfähiges Wirtschaften erfordert die Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 90 Prozent. DIE LINKE will deshalb, dass die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht mehr den Profit als oberste Maxime hat, sondern an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet wird. Entscheidend wird die Verbindung ökologischer Steuerung mit mehr sozialer Gerechtigkeit und mit einer Ausweitung persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten sein. Wenn zur ökologischen Steuerung der Verbrauch von Umweltressourcen verteuert wird, etwa durch eine Besteuerung von CO<sub>2</sub>, so müssen die Ärmere von den entstehenden Einnahmen überproportional profitieren, sei es durch direkte Zahlungen oder sei es durch den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen.

Eine an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtete Wirtschaft strebt nicht Wachstum um des Wachstums willen an. Ein steigendes Bruttoinlandsprodukt führt nicht automatisch zu mehr Wohlstand. Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, den Wachstumsdruck, der aus übermäßiger Profitorientierung und ungerechten, bedrückenden Verhältnissen resultiert, aus Gesellschaft und Wirtschaft herauszunehmen. Hohe Lohnspreizungen, unfaire Verteilung von Arbeit und Einkommen, aufgeschobene Verteilungsfragen wie die Verschuldung öffentlicher Haushalte, unsichere individuelle Absicherung für Alter und Krankheit sind ebenso vermeidbare Wachstumstreiber wie herrschaftliche Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die ökologisch und sozial fragwürdiges Konsumverhalten und ökonomische Aktivitäten nach sich ziehen.

Wir wollen sämtliche Politikbereiche am sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft orientieren. Dazu gehören vor allem Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozial- und Bildungspolitik, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiepolitik, Struktur- und Regionalpolitik, aber auch Friedens- und Verkehrspolitik.

## **Klimaschutz und Energiewende**

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland ohne Vorbedingungen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu halbieren. Auf ihre Senkung um mindestens 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts wollen wir hinwirken. Unser Ziel ist die 100-prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien mit einer Priorität auf Nutzung nähräumlicher Quellen bis zum Jahr 2050. Die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung ist erst dann vertretbar, wenn die vollständige Eigenversorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln sowie Industrierohstoffen aus der Landwirtschaft gewährleistet ist. Sie darf nur soweit gehen, dass sie nicht zur Verteuerung von Nahrungsmitteln führt und in einer nachhaltigen Art und Weise erfolgt. Das Erneuerbare-Energien-



Gesetz ist ein erfolgreiches Umbau-Gesetz. Wir setzen uns für dessen Erhalt und Ausbau ein, auch um den Einspeisevorrang von erneuerbaren Energien zu sichern. Die Kosten für die mit dem ökologischen Erfolg steigende Umlage müssen jedoch vornehmlich von den Vielverbrauchern in Industrie und Privathaushalten gezahlt werden. Ein Basisverbrauch muss erschwinglich für alle bleiben und von der Mehrzahl der Vielverbraucher finanziert werden. Energienutzung ist ein Menschenrecht, ihr übermäßiger Gebrauch soll jedoch erschwert werden.

Wir fordern die unverzügliche Stilllegung aller Atomkraftwerke und ein Verbot für den Export von Atomtechnik. Die Endlagersuche muss ergebnisoffen und transparent, unter Einbeziehung der Bevölkerung erfolgen, der Atommüll auf Kosten der Verursacher an Orten mit den geringsten Risiken verwahrt werden. Den Neubau von Kohlekraftwerken sowie die Untertagespeicherung von Kohlendioxid wollen wir verhindern. Der Einsatz von Kohle muss sich so verteuern, dass der Betrieb laufender und die Planung neuer Kohlekraftwerke unwirtschaftlich werden.

Die Verbesserung der Energieeffizienz ist ebenfalls Teil der Energiewende. Vor allem bei der Optimierung des Energieverbrauchs von Gebäuden gibt es große Potenziale. Sanierungsmaßnahmen, die sich nicht durch geringere Energiekosten refinanzieren, müssen gefördert werden. Die Kosten sind dabei nicht von den Mietern, sondern aus den Gewinnen der Energiewirtschaft zu tragen. Wir fordern daher die Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum und die demokratische Kontrolle der Unternehmen mit dem Ziel, einen ökologisch verantwortlichen Umgang mit Energie und eine sozial verantwortliche Finanzierung der Umbaumaßnahmen zu erreichen.

Zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Elektrogeräten wollen wir gesetzliche Regelungen einführen, die gewährleisten, dass die Standards der Geräte mit dem geringsten Energie- und Ressourceneinsatz während ihres gesamten Lebenszyklus innerhalb kurzer Zeit zur Vorschrift werden. Als weiteres Kriterium soll die Reparaturfreundlichkeit mit in die Bewertung einfließen. Diese Regelung sollte auch auf andere Produkte übertragen werden.

Die bisher für Atomkraft, einschließlich Kernfusion, und fossile Energiesysteme eingesetzten Forschungs- und Fördermittel sind in den Ausbau erneuerbarer Energiesysteme und Speicherverfahren, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie in Ausbau und Regelung der Netze umzuleiten. Besonders zu fördern ist die Regelung von Netzen mit hohem Anteil fluktuierender erneuerbarer Quellen, zum Beispiel durch die Integration von Kraft-Wärme-Kopplung.

## Natur ist unser Leben

Die Naturnutzung des einen ist auch der Nutzungsentzug für den anderen. Wer stetigen Zuwachs fordert, gefährdet das elementare Entwicklungsrecht anderer. Nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen ist kein lästiger Kostenfaktor, sondern ein Türöffner für eine lebenswertere Zukunft. Wir wollen natürliche Lebensräume erhalten, in Deutschland, Europa und weltweit. Die biologische Vielfalt muss bewahrt werden, um ihrer selbst willen und als Grundlage unseres Lebens. Dazu gehören Bewahrung und Schutz der verbliebenen großen Naturräume der Erde ebenso wie die Vernetzung von Schutzgebieten. Wälder, Meere und Landschaften sollen in öffentlicher Verantwortung so genutzt und geschützt werden, dass ihre natürliche Regenerationsfähigkeit erhalten bleibt. Eine Übertragung von Schutzgebieten an Privatpersonen ist diesem Ziel nicht förderlich. Für Umweltorganisationen sowie Bürgerinnen und Bürger streben wir mehr demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an. Wir setzen uns für natürliche Flussläufe ein, als Hochwasserschutz, aber auch um die typischen Tier- und Pflanzenarten und den landschaftsästhetischen Wert der Auenlandschaften zu erhalten.

Der fortschreitenden Versiegelung von Landschaften für wachsende Siedlungs- und Verkehrsflächen wollen wir durch eine verstärkte Innenentwicklung von Ortschaften, reduzierte Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs entgegenwirken. Der Wandel in der Siedlungsstruktur muss mit einer geänderten Preisstruktur korrelieren. Wohnen, Handel und Gewerbe im Innenbereich ließe sich etwa aus den Einnahmen einer Versieglungsabgabe fördern. Gewolltes muss vergünstigt und Unerwünschtes erschwert werden, ohne dabei ärmere Menschen in ihren Möglichkeiten zu beschränken. Innerstädtische Mieten und Grundstückspreise sind nach oben zu begrenzen, so dass Siedlungen und Einkaufszentren auf der grünen Wiese an Attraktivität verlieren.

Wir setzen uns für den Schutz freilebender Tierarten ein, aber auch für artgerechte Haltungsformen in der Landwirtschaft und die Ablösung von Tierversuchen. Auch hier muss es ein Verbandsklagerecht geben. Wir fördern eine deutliche Steigerung des ökologischen Landbaus und fordern ein ökologisches Wirtschaften aller Betriebe. Um dies zu erreichen, wollen wir ökologischen Landbau - ähnlich wie regenerative Energieerzeugung - systematisch preislich bevorzugen, finanziert etwa durch Umlagen bei nicht-ökologischer Erzeugung. So wird der Kauf von Bio-Lebensmitteln für alle möglich. Die Agro-Gentechnik lehnen wir aufgrund unkalkulierbarer Risiken ab, die Kennzeichnungspflicht ist bis auf die technisch mögliche Nachweisgrenze zu senken.

## **Mobilität für alle – Ökologische Verkehrswende**

Befriedigung grundlegender Mobilitätsbedürfnisse muss für alle, unabhängig vom Geldbeutel, so umweltfreundlich wie möglich gewährleistet werden. Sie ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Ziel ist ein flächendeckendes und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umsteigemöglichkeiten sowie sozialverträglichen Tarifen. Einen unentgeltlichen Nahverkehr sehen wir als Vision, auf die wir langfristig hinwirken wollen. Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr muss unter Einbeziehung von Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und anderen Betroffenen kooperativ und demokratisch reguliert und betrieben werden.

Die Deutsche Bahn muss einer direkten demokratischen Kontrolle unterliegen. Privatisierungen öffentlicher Verkehrsunternehmen lehnen wir ab. Langfristiges Ziel ist ein Schienenverkehrssektor unter ausschließlich öffentlichem Einfluss. Der Bund hat den Erhalt und den erforderlichen Ausbau der Schienenwege in vollem Umfang zu sichern und den Ländern dauerhaft ausreichende Mittel für die Verkehrsleistungen und den Infrastrukturausbau im öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung zu stellen.

Bei der Planung von Verkehrsprojekten müssen Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenvertretungen deutlich eher und stärker von den Planungsbehörden einbezogen und Volksentscheide in einem frühen Stadium ermöglicht werden.

Wir wollen eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung hin zur umweltgerechten Mobilitätsplanung.

Das Rückgrat unseres Mobilitätskonzepts ist der Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn. Den Anteil der im Umweltverbund zurückgelegten Wege wollen wir deutlich steigern und den motorisierten Individualverkehr reduzieren. Wir setzen uns in der Raumplanung für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Freizeit, Arbeit und Bildung sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Eine deutliche Steigerung der Lebensqualität wollen wir durch eine Umwidmung von Verkehrsflächen erreichen: Naherholung statt Lärm- und Abgasbelastung.

Die Erweiterung des Autobahn- und Straßennetzes lehnen wir ab. Wir sprechen uns für ein allgemeines Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen aus. Elektroautos sind keine Lösung für die Probleme, die durch Energie- und Ressourcenverbrauch sowie verstopfte Straßen und Unfälle entstehen.

Der innerdeutsche Flugverkehr ist weitestgehend und der innereuropäische zu einem großen Teil auf die Schiene zu verlagern. Erste Schritte dazu sind die Einführung einer EU-weit einheitlichen Kerosinsteuer und eine internatio-

nale Flugticketabgabe. Die Subventionierung von Flughäfen muss beendet werden.

Der Güterverkehr muss deutlich reduziert werden, wobei die externen Kosten den Transportpreisen anzulasten sind. Mittel dazu sind eine höhere Mineralölsteuer und eine verbindliche Lkw-Maut in ganz Europa. Den verbleibenden Güterverkehr wollen wir so weit wie möglich auf die Schiene und auf eine umweltverträgliche See- und Binnenschifffahrt verlagern. Mit einer möglichst weltweiten, alternativ europaweiten Abgabe auf fossile Kraftstoffe wollen wir ressourcen- und umweltschonende Antriebe fördern. Durch Kooperation statt Konkurrenz zwischen den Hafenstandorten können wir Güterströme gezielt lenken und vorhandene Kapazität und Infrastruktur optimal nutzen. Eine modernisierte Binnenschifffahrtsflotte wird zielorientiert eingesetzt, nutzt sinnvolle Innovation und benötigt keinen weiteren Flussausbau.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen wesentlich nachhaltiger erfolgen. Die Belastung und Gesundheitsgefährdung vieler Menschen durch Verkehrslärm und Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickoxide müssen reduziert werden. An bestehenden Verkehrswegen und Flugplätzen muss Verkehrslärm durch strenge Grenzwerte und aktiven Lärmschutz, insbesondere Nachtflugverbote deutlich verringert werden.

### **Regionale Wirtschaftskreisläufe**

Wir wollen den Übergang zu regionalen, arbeitsplatzschaffenden Wirtschafts- und Stoffkreisläufen schaffen. Dafür brauchen wir nicht nur selbstverwaltete regionale Entwicklungsfonds, einen veränderten kommunalen Finanzausgleich sowie eine Struktur- und Anschubförderung, sondern auch eine dezentrale Energieversorgung und höhere Transportpreise. Auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser/Abwasser, Abfallentsorgung, Gesundheit und Kultur sind möglichst regional und dezentral zu organisieren. Ebenso ist das Kreislaufwirtschaftsgesetz in Richtung gesteigerter Wiederverwendung, höherer Recycling-Quoten und strengerer Anforderungen weiterzuentwickeln. Ziel ist die Verträglichkeit menschengemachter mit natürlichen Kreisläufen. Das heißt, der Gebrauch von Rohstoffen und chemischen Erzeugnissen ist nur soweit zulässig, wie er natürliche Prozesse und Senken nicht überlastet.